



Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 17
2. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 16. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste Seite 266) erteilen. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräber Str. 44, Fernsprech-Anschluß: Amt Köpenick 3240. — Bezugspreis vierteljährlich M. 2.— ohne Bestellung n/w. Preis der Einzelnummer M. 0.40 einschließlich ortsüblichen Feuerungszuschlages.

Berlin
1. September 1921

Die französische Rhein- und Saarpolitik.

Die französische Rhein- und Saarpolitik ist augenblicklich neben der oberschlesischen Frage die empfindlichste Stelle der französischen Außenpolitik. Ihr zu Liebe hat man die imperialistischen Pläne, vor allem in Vorderasien, stark zurückgestellt zugunsten der Engländer. Man will so die Hand frei haben für die europäischen Fragen, die man ganz im Sinne der französischen Hegemoniebestrebungen lösen möchte.

In der französischen Außenpolitik gibt es augenblicklich zwei Strömungen, die bezeichnet werden durch die beiden Schlagwortartigen Formeln: Wiedergutmachung oder Sicherung. Die erste wird vertreten von den Politikern, die die europäische Verständigung als notwendig ansehen auch im Sinne Frankreichs; ihr gehören an alle Pazifisten, ferner die künstlerische Jugend Frankreichs und die Kenner des Weltrohstoffproblems. In der Rheinpolitik ist ihr Ziel Wiedergutmachung des „Unrechts von 1871 und 1914 bis 1918“. Die zweite Gruppe wird im wesentlichen getragen von dem Gedanken der Sicherung: Frankreich kann seinen Weltberuf, die Freiheitbringerin für alle Nationen zu sein, nicht erfüllen, wenn es in ständiger Sorge vor seinem unruhigen (!) Ostnachbar leben muß, denn Frankreichs Grenze im Osten steht offen. Das 80 Millionen starke Deutschland wird immer versuchen, das nur 40 Millionen umfassende französische Volk bei der geeignetsten Gelegenheit zu überfallen und zu vernichten. Deshalb kann es für Frankreich keine andere Politik geben, als Deutschland zu vernichten, klein zu halten, zuzerstückeln und so Frankreichs Ostgrenzen zu sichern. Dazu braucht es das Saargebiet und den Rhein. Erst dann ist Frankreichs Zukunft gesichert. Deutschland aber muß niedergehalten werden. Beide Ziele aber, die Niederhaltung Deutschlands und die Sicherung Frankreichs werden am zweckmäßigsten erreicht durch eine Sicherungs-Barriere von französisch orientierten Pufferstaaten (Saargebiet, Rheinland, Pfalz), die sich am Rhein zwischen Deutschland und Frankreich einschieben. Es ist der alte Gedankengang der militärischen Randstaatenpolitik, die einst von Frankreichs Politikern als der Menschlichkeit und der Völkerverbrüderung hohnsprechend bekämpft wurde. Dieses imperialistische Glaubensbekenntnis in seinen mannigfachen Abtönungen und Stimmungen wird vor allem vertreten durch das französische Militär und ist in besonders charakteristischer Weise formuliert worden in der großen Rede, die Foch auf der 6. Vollversammlung der Friedenskonferenz am 6. Mai 1918 gehalten hat. Diese politische Stimmung wird mit fast apostolischer Kraft vertreten von Maurice Barrès, von Poincaré, Lardieu, Hanotaux, Bainville usw.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die erste der beiden erwähnten Auffassungen, die der Wiedergut-

machung, ganz erheblich zurücktritt hinter der national-imperialistischen Strömung, die heute in Frankreich vollkommen die öffentliche Meinung beherrscht. Nach Frankreichs mühselosem Triumph ist an Stelle der alten Revancheidee die Rhein-Saarpolitik als der Sammelpunkt aller national-imperialistischen Elemente getreten. Mit zäher, zielbewusster Energie versuchen die maßgebenden Kreise in Frankreich diese ihre Politik in die Praxis umzusetzen. Die Versuche Frankreichs, sich auf direktem Wege des heiß begehrten Saargebietes und weiter des linken Rheinufers zu bemächtigen, sind bekanntlich in der Friedenskonferenz an dem englisch-amerikanischen Widerstande gescheitert. Sogilt es nun, das Ziel auf indirektem Wege zu erreichen. Frankreich entfaltet aus diesem Grunde im ganzen linksrheinischen Gebiet eine umfangreiche Kultur-Propaganda, die in ihrer außerordentlichen Geschicklichkeit und folgerichtigen Energie ganz den bisherigen Leistungen der französischen Kulturpropaganda entspricht. Sämtliche einflussreichen Kreise Frankreichs haben sich, beherrscht von dem leidenschaftlichen Verlangen nach der Rheingrenze, in großen Verbänden, die durchweg bereits vor dem Kriege bestanden und jetzt mehr denn je ausgebaut sind, zusammengeschlossen und entfalten eine Propaganda, von deren Intensität und Gefährlichkeit sich die deutsche Harmlosigkeit nur einen sehr unzureichenden Begriff macht. Das Ziel Frankreichs hat der „Temps“ am 21. Mai 1919 knapp und klar bezeichnet: Frankreich stehe vor der Aufgabe, die germanische Kultur links des Rheines innerlich zu überwinden und durch die französisch-romanische zu ersetzen. Alle Kräfte der großen französischen Organisationen sind mit einer geradezu phantastischen Leidenschaft auf dieses Ziel gerichtet. Die großen französischen Verbände, die bereits vor dem Kriege mit außerordentlichem Erfolg in allen Ländern der Welt französische Kulturpropaganda getrieben, wie die „Alliance française“ und die „Amities Françaises“ haben sich mit der „Union des Grandes Associations Françaises“ zusammengeschlossen, die als das machtvollste Instrument des französischen Nationalismus gelten kann und ihm vorläufig fast politische Alleinherrschaft sichert. Gegenwärtig umfaßt diese Union rund 11 000 französische Gesellschaften, und zwar nicht nur literarischer und wissenschaftlicher Art, sondern auch alle sportlichen, künstlerischen, wirtschaftlichen und industriellen Verbände. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt rund 30 Millionen und das dem Verbands zur Verfügung stehende Kapital übersteigt 18 Millionen. Jede geräuschvolle propagandistische Tätigkeit soll abstrahlich vermieden werden, doch wird Wert darauf gelegt, sich die Sympathien der fremden

Nationen, besonders durch Einfluß auf die Presse, in unauffälliger Weise zu sichern. Zunächst ist immer Anschluß an die industriellen und handeltreibenden Kreise des Auslandes zu suchen, deren wirtschaftliche Interessen auf Beziehungen zu Frankreich hindrängen, weiter sollen überall die namhaften Vertreter von Kunst und Wissenschaft zum Zwecke werbender Veranstaltungen im Auslande gewonnen, die Theater, Varietés und Filmgesellschaften in den Dienst des französischen Einflusses gestellt und sogar die Kirche nach Möglichkeit für die französischen Bestrebungen gewonnen werden. Durch das Dekret der früheren Regierung vom 28. November 1919 ist die Angliederung der Union und die Zusammenfassung aller Propagandastellen durch die amtliche Stelle „Office central d'expansion nationale“ erfolgt, die dem Außenministerium unterstellt ist.

Zeigte schon die Gesamteinstellung der Union überall eine deutschfeindliche Spitze, so gilt das vor allem von den einzelnen Organisationen, die die Sonderarbeit im Saargebiet und Rheinland leisten. Hier ist an erster Stelle zu nennen das „Comité de la rive gauche du Rhin“, das im Weltkriege entstanden ist und dessen Ziel die endgültige Angliederung der Rheinlande an Frankreich bildet. Es steht in unmittelbaren Beziehungen zu der eben erwähnten „Union des Grandes Associations Françaises“. Es zählt zu seinen Vertretern die meisten namhaften französischen Politiker und hat bereits Propaganda-Abteilungen in Crefeld, Köln, Aachen, Trier, Mainz, Ludwigshafen, Wiesbaden und Luxemburg errichtet, selbstverständlich auch im Saargebiet, die in steter Fühlung mit der Pariser Zentrale arbeiten. Das Komitee arbeitet ebenso vorzüglich wie energisch darauf hin, in industriellen und Finanzkreisen, ebenso wie bei den Intellektuellen ernsthafte Anknüpfungspunkte für den Gedanken einer Annexion des linksrheinischen Gebietes zu schaffen, wobei natürlich niemals der Begriff der Annexion erwähnt, sondern stets in schamhafter Weise von „Autonomie“ gesprochen wird. Das Komitee bereitet augenblicklich dem Vernehmen nach eine ganze Serie von „Manuels historiques des Pays Rhénans“ vor, die vor allem zum Gebrauch an den rheinischen Schulen bestimmt sind und deren Text deutsch und französisch ist. Unterstützt werden diese verschiedenen Organisationen noch besonders durch die 1882 gegründete Patriotische Liga, die von vornherein den Revanchegedanken zu ihrem Ziel gesetzt hatte und sich nun nach Verwirklichung desselben keineswegs aufgelöst, sondern sich einfach von dem Erwerb Elsaß-Lothringens auf den des linken Rheinufers umgestellt hat — ein Anpassungsvermögen, das alle Bewunderung verdient.

Es ist interessant, die einzelnen Methoden der französischen Kulturpropaganda am Rhein zu verfolgen, wenn an dieser Stelle auch nur die hauptsächlichsten Gesichtspunkte angedeutet werden können. Neben der Pressepolitik, die das wichtigste Instrument der französischen Propaganda bildet und in einem früheren Aufsatz in Nr. 12 und 13 des „Saar-Freund“ besprochen worden ist, ist es vor allem die massenweise Verbreitung von Broschüren und Büchern, durch die man französischseits auf die Rheinlande einzuwirken bemüht ist. Überall sind im Rheinlande französische Buchläden geschaffen, die wie alle Etappenbuchhandlungen zwar zunächst die Befriedigung geistiger Bedürfnisse der Besatzungstruppen dienen, darüber hinaus ist aber der propagandistische Gesichtspunkt deutlich zu erkennen. Besonders in den großen französischen Kulturzentren am Rhein, in Saarbrücken, Mainz und Wiesbaden. An den belebtesten Orten wurde einfach von den Besatzungsbehörden ein erstklassiger Laden requiriert und dort ein modernes französisches Sortiment eingerichtet. Hier zentralisierte man zugleich den Verkauf der französischen Zeitungen und Zeitschriften, hier stellte man neben leichter Unterhaltungslektüre auch das ernstere französische Buchwerk aus. Sorgfältige Pflege läßt man besonders der französischen Mode mit ihren zahlreichen Modezeitschriften angedeihen.

Das eigentliche Ziel aber der Broschüren- und Buchhandelspropaganda ist, politisch zu

wirken, zu überzeugen, zu gewinnen, und zwar nicht nur einzelne wenige, wenn auch ausgewählte, sondern die Masse. Massenverbreitung ist das Stigma des französischen Broschürenkampfes immer gewesen, nicht nur in Elsaß-Lothringen, sondern auch in dem Weltpropagandafeldzug 1914—15, sowie in den Flugschriftenangriffen auf unsere militärische Front, die planmäßig seit 1916 betrieben wurde. Ganze Eisenbahnwaggons, voll von zwei oder drei verschiedenen Flugschriften, kommen heute aus Forbach oder Saarbrücken, wo offenbar die Zentrallagerstätten sind, an und werden von Trier oder den rückwärts der Rheinfront liegenden Orten aus versandt. Die gesamte Bevölkerung der besetzten Gebiete, insbesondere die geistigen Führer derselben, werden mit diesen Machwerken überschwemmt. Die Franzosen können sich dabei durchweg die Mühe eigener Abfassung der Broschüren-Literatur sparen, und bedienen sich mit Vorliebe deutscher Anflage- und Verhekungsschriften (!!), wie sie besonders von der radikalen Linken in üppiger Fülle hervorgebracht werden. Diese Literatur ist den Franzosen um so willkommener, als sie, wenigstens dem äußeren Anschein nach, eine deutsche ist, und daher sowohl der linksrheinischen Einwohnerschaft wie auch dem Auslande gegenüber mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg angewendet werden kann.

Ein besonders wirkungsvolles Mittel der französischen Kulturpropaganda ist daneben der Vortrag und die Vortragsreihe; denn gerade für die temperamentvolle Rede ist die französische Sprache mit ihrer tönenden, klangvollen, runden, einschmeichelnden Rhetorik ein ausgezeichnetes Werkzeug. Im Augenblick wirkt als Hauptvertreter der französischen Vortragspropaganda der bekannte Professor Adolphe Burguets, der ein glänzender Redner ist und dabei als ein aufrichtiger Pazifist gilt. Er veranstaltet in den meisten Städten des besetzten Gebietes Vorträge, die von der französischen Besatzungsbehörde auf alle Weise unterstützt werden und in denen er für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich eintritt. Selbst wenn man geneigt ist, Burguet objektive Ehrlichkeit zuzusprechen, so ist es doch sicher, daß er ein Werkzeug in der Hand der französischen Rheinpolitik ist, und daß die Art seiner Tätigkeit durchaus den nationalen Zwecken der augenblicklich in Frankreich maßgebenden Kreise entspricht.

Neben der Vortragspropaganda suchen die Franzosen die Bevölkerung des Saargebietes und des Rheinlands vor allem durch einen systematischen Ausbau des Theaterwesens im französischen Sinne zu gewinnen. Nicht ohne Zweck bemüht man sich, das Etappen-theater zum Range eines künstlerischen Theaters zu erheben und augenblicklich gastieren nach bestimmten Plänen besonders für die Rheinlande zusammengestellte Truppen mit besonders ausgewähltem Programm. Auch der Film wird in den Dienst der französischen Propaganda gestellt und es sind bereits verschiedene Beschlüsse der großen französischen nationalistischen Verbände bekannt geworden, nach denen eine großzügige Filmpropaganda im besetzten Gebiet, sowie in Süddeutschland aus separatistischen Gründen betrieben werden soll. Daneben erweisen sich die Franzosen als überaus geschickt in der Veranstaltung französischer Kunstausstellungen. Der bekannte französische General Gérard eröffnete zunächst in Landau im Januar 1919 eine kleine Ausstellung; bald folgte Saarbrücken, wo der bekannte Fachmann auf dem Gebiete des französischen Kunstgewerbes Funt-Brentano die Ausstellung durch Vorträge über das mittelalterliche Leben in Städten und Schlössern am Rhein, natürlich in französischer Beleuchtung, eröffnete, wie in kaum zu verstehender Weise gerade im Saargebiet einige Frauen sich in den Dienst dieser Sache gestellt und die französische Propaganda gestützt haben, deren Namen noch später genannt werden wird. Auch mit historischen Erinnerungen sind die Franzosen bei der Hand, und natürlich bietet die Gestalt Napoleons erwünschte Anknüpfungspunkte. Die Napoleonlegende, die besonders der General Mangin in der Nähe von Bingen lebendig zu machen versucht, wird bei jeder Gelegenheit hervorgezogen und die französisch geleitete Presse feiert Napoleon mit Vorliebe als den Bringer der rheinischen

Freiheit und den Schöpfer des linksrheinischen Straßensystems usw.

Auch das Unterrichtswesen suchen die Franzosen möglichst in den Dienst ihrer Rheinpolitik zu stellen, besonders in der Zeit des Waffenstillstandes ließen die meisten Generale in allen Schulen und Schulgattungen die französische Sprache einfach als Unterrichtsfach einführen. Die verschüchterte Bevölkerung gab dem gewaltigen Druck damals nach und beugte sich der Gewalt. Wo keine geeigneten Lehrer vorhanden waren, stellte die französische Heeresverwaltung aus ihren Reihen Lehrkräfte und es gab kaum eine Möglichkeit, sich diesem Unterrichtszwange zu entziehen. Auch sonst griff die Besatzungsbehörde in den inneren Schulbetrieb empfindlich ein, untersagte alle Lehrbücher, aus denen sie irgendeine nationale Tendenz herauszulesen glaubte, überwachte den Gesangsunterricht, weil ihr das Singen vaterländischer Lieder gefährlich erschien, verbot das Schauturnen, weil es dem körperlichen Ertüchtigen der Jugend dienen konnte usw. Auch, nachdem infolge des Friedensschlusses der Schulzwang zur Erlernung der französischen Sprache weggefallen war, wurden die Franzosen nicht müde, überall freiwillige Sprachkurse zu veranstalten, die allerdings nur sehr geringen Erfolg aufzuweisen gehabt haben, und französische Schulen zu gründen, angeblich um die Beschulung der Kinder der Beamten des französischen Militärs sicherzustellen, in Wirklichkeit, um die deutsche Jugend zu ihrem Besuche heranzuziehen. Hierzu bot ihnen gerade im Saargebiet das Versailler Diktat eine willkommene Handhabe. Die französischen Schulen sind wichtige Außenposten der französischen Kulturpropaganda. Aber nicht nur dem niederen, auch dem höheren Schulwesen wenden die Franzosen ihr besonderes Augenmerk zu und bereits im Jahre 1919 entstand in französischen Militärkreisen ein großzügiger Plan für eine linksrheinische Hochschulpolitik. Den Anfang machte man mit der feierlichen Eröffnung der Ecole de Droit in Mainz im Mai 1920 und an ihre Seite trat im Oktober 1920 eine landwirtschaftliche Hochschule, die ihre besondere Sorgfalt dem Weinbau widmete.

Als eine besonders wirksame Propaganda erscheint den Franzosen für das katholische Rheinland offenbar die kirchliche Propaganda. Es ist charakteristisch, daß der französische Staat trotz seiner grundsätzlichen Gegnerschaft der Kirche gegenüber sich unbedenklich derselben bedient, sobald es sich um die Erreichung politischer Zwecke handelt. Unmittelbar nach der Besetzung traten bereits französische Geistliche auf den Plan, die für den Gedanken eines Anschlusses an Frankreich aus kirchlichen Gründen Propaganda machten. Ein wichtiges Zentrum dieser kirchlichen Propaganda der Franzosen bildet Mainz, wo sich im Anschluß an den Jeanne d'Arc-Kult eine geschlossene französische Gemeinde gebildet hat, die nach Mitteilung französischer Zeitungen auch von Deutschen besucht wird. Hier werden von Geistlichen Vorträge, besonders über soziale Probleme gehalten, in denen in diskreter Weise Frankreich als Hort der sozialen Freiheit und eines vertieften Religionsempfindens gepriesen wird. Im Saargebiet und den Erierschen Landen aber fanden die Franzosen keinen Nährboden und nicht die geringste Gegenliebe infolge des mannhaft deutschen Verhaltens des Bischofs Korum in Trier, mit dem es die Franzosen doch nicht zu verderben wagten.

So schließt sich der Ring der französischen Rhein- und Saarpolitik von allen Seiten zusammen und es bedarf auf Seiten der Bewohner des Rheinlandes und des Saargebietes einer ungewöhnlichen Standhaftigkeit, um sich diesem Feuerwerk der französischen Propaganda gegenüber zu behaupten. Wir Deutsche im unbefestigten Gebiet können nur mit Bewunderung und Teilnahme unserer Brüder gedenken. Aber das starke nationale Empfinden der Saardeutschen und der Rheinländer und ihr gesunder Humor läßt sie vieles ertragen, was unertragbar erscheint.

Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Die Beseitigung der deutschen Rechtsprechung im Saargebiet

durch die Saarregierungscommission, dieser neue Bruch des sogenannten Friedensvertrages, hat, wie schon in der vorigen Nummer des „Saar-Freund“ angedeutet, in weitesten Kreisen des Saargebietes die heftigste Empörung hervorgerufen. Man verflucht die Ohnmacht, der man selbst zusammen mit dem gesamten deutschen Vaterlande ausgeliefert ist und empfindet sie demütigender denn je. Zähneknirschend nimmt man das aufgezwungene Schicksal hin, ohne daß man bisher öffentlich dagegen zu protestieren wagte. Selbst die Presse wagt sich nicht aus der Zurückhaltung heraus, mit Ausnahme der sozialdemokratischen „Volksstimme“, die sich trotz allem nicht scheute, der Regierungskommission die Wahrheit ins Gesicht zu sagen. Erfahrungsgemäß aber läßt sich weder dadurch noch durch die vorhergegangenen feierlichen Einsprüche und Verwahrungen der berufenen Körperschaften die Regierungskommission von dem eingeschlagenen Wege auch nur um einen Fuß breit abbringen, im Gegenteil, sie bereitet bereits wieder neue Verwelschungsmahnahmen vor, die den Schnitt zwischen dem Saargebiet und dem deutschen Mutterlande immer mehr vertiefen sollen. Man hat es im Saargebiet aufgegeben, in der Völkerbundskommission für das Saargebiet eine gewissenhafte Vertreterin des Rechts, der Demokratie und der Freiheit zu erblicken.

Während bisher im Saargebiet, wie auch im übrigen Deutschland, die

Urteile

„Im Namen des Volkes“ ausgefertigt wurden, werden sie jetzt „Im Namen der Regierungskommission“ veröffentlicht, und es ist interessant, zu beobachten, wie der absolutistische Charakter dieses Völkerbundregimes sogar bis in derartige Neuherlichkeiten hinein in die Erscheinung tritt. Der Graf Molke-Huitfeldt aber blieb ganz im Rahmen des Gesamtbildes, als er bei der

Eröffnung des Obersten Gerichtshofes

in Saarlouis seine Ansprache in französischer Sprache hielt. Das wirkte natürlich auf die kerndeutsche Einwohnerschaft des Saargebietes außerordentlich befremdend, zumal Herr Molke die deutsche Sprache sehr gut beherrscht. In seinen einleitenden Worten sagte er:

„Der Friedensvertrag von Versailles, der das Grundgesetz dieses Landes bildet, hat in seiner Fürsorge (?) für dessen Einwohner die Einrichtung eines obersten Gerichtshofes für das Saargebiet beschlossen, damit dieses auf dem Gebiete der Justiz wie auf den übrigen in aller Unabhängigkeit sein eigenes Dasein führt. Die Regierungskommission hat die Stadt Saarlouis zum Sitz des Gerichtshofes bestimmt. Es scheint ihr ein glückliches Zusammentreffen zu sein, daß auf diese Weise ein Wunsch der Vorfahren der heutigen Bürger von Saarlouis in Erfüllung geht, die vor 110 Jahren ihren großen Mitbürger (gemeint ist der Marschall Ney) baten, vom genialen Schöpfer des Codex-Napoleon zu erreichen, daß Saarlouis der Sitz eines obersten Gerichtes werde.“ (!!)

Was in diesen Ausführungen als „Recht“ erklärt wurde, läuft sinngemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages in Wirklichkeit zuwider. Die Grundlage für die Rechtsprechung im Saargebiet sind und bleiben die deutschen Gesetze, denn § 23 des Saarbedenkens besagt: „Die Gesetze und Verordnungen, die im Saarbedengebiet am 11. November 1918 in Kraft waren, bleiben in Kraft. Abänderungen sind nur vorgesehen, wenn diese aus Gründen der allgemeinen Verordnung oder um diese Gesetze und Verordnungen mit den Bestimmungen des vorliegenden Vertrages in Einklang zu bringen notwendig sind.“ Das ist aber — wie wir wissen — bei sämtlichen neuen Verordnungen der Saarregierung nicht der Fall. Weiter sagte Molke, die Mitglieder des Obersten Gerichtshofes kämen aus Ländern, die nach ihrer Geschichte und nach ihren Gesetzen sehr verschieden seien. Daher sei eine Gewähr dafür geboten, daß die Rechtsprechung des Gerichtshofes allen anderen Gerichten sicher überlegen sei. — Das ist eine Annahme sondergleichen und eine direkte Beleidigung des deutschen Rechtsstandes, an dessen ausgeprägter sachlicher Rechtsprechung bisher nie jemand gezweifelt hat und die von allen unbefangenen neutralen Staaten vorbehaltlos anerkannt wird. Wir aber haben, zumal wir die Zusammensetzung des Obersten Gerichtshofes kennen, berechtigten Grund, anzunehmen, daß die Rechtsprechung dieses zusammengewürfelten Gerichtshofes, ungetrübt von Sachkenntnis in der

deutschen Rechtspflege, nur französischen Interessen dienen wird zur Bemäntelung der Maßnahmen einer französischen Regierungskommission. Es ist ja bekannt, wie schwer es gehalten hat, dieses „Rechtskonfortium“ zusammenzubringen, da alle wirklich objektiv urteilenden Juristen des Auslandes, soweit sie einen Namen in der internationalen Juristenwelt haben, dankend absagten. Und die so viel gepriesenen juristischen Qualitäten des Präsidenten dieses Gerichtshofes, Herrn Rippold, sind ja inzwischen so bekannt geworden, daß es sich erübrigt, darauf nochmals näher einzugehen.

Als erster Beweis für diese Behauptung ist anzuführen, daß die oben veröffentlichte

Verordnung über die Rechtsverhältnisse des Obersten Gerichtshofes

eine abermalige Verletzung des Friedensdiktats darstellt, denn es heißt in dieser Verordnung:

„Die Mitglieder und Beamten des Obersten Gerichtshofes haben vor ihrem Dienstantritt den Diensteid nach Wahl in deutscher oder französischer Sprache zu leisten. Für die richterlichen Mitglieder lautet die Formel: Ich schwöre, unparteiisch und nach bestem Gewissen Recht zu sprechen und das Beratungsgeheimnis streng zu wahren, die Gesetze und Verordnungen genau zu beobachten und meine Amtspflichten getreu zu erfüllen und in allem die Ehre und Würde des Richteramtes zu wahren.“

Zunächst ist also hierzu festzustellen, daß der Eid in deutscher oder französischer Sprache geleistet werden kann, was eine Durchbrechung der Bestimmungen des Friedensdiktats darstellt. Die klar und deutlich besagen, daß die deutsche Sprache die Amtssprache bleiben soll. Dann aber möge man besonders beachten, daß es heißt: „Das Beratungsgeheimnis ist streng zu wahren. Was das bedeutet, kann man sich an fünf Fingern abzählen.“

Ebenbürtig fügt sich hier die Nachricht ein, daß Henri Heimburger, der Generalsekretär des Kolmarer Präfekten, ein geborener Elsässer und bekannter Franzosenfreund, zum Direktor der Justizverwaltung des Saargebietes mit Wirkung vom 1. August ernannt ist. Gleichzeitig heißt es, wurde ihm das Degernat der nicht katholischen Kulte übertragen. Diese Ernennung ist abermals ein Zeichen dafür, daß die Zeit nicht mehr fernliegt, in der nun sämtliche maßgebenden und einfluß ausübenden Regierungs- und führenden Stellen in Händen von Franzosen und Franzosenfreunden sind und das ohnmächtige, seines Willens beraubte Saarvolk nur noch dazu da ist, um Steuern zu zahlen und diesen Herren ein angenehmes Pöschchen zu sichern.

Bekannt wird jetzt auch erst der

Verwaltungsbericht der Saarregierung an den Völkerbund

vom 25. Januar. Wie in diesem Bericht die Tatsachen auf den Kopf gestellt werden und wie der Völkerbund nach bewährtem Rezept weiter über die wahren Verhältnisse im Saargebiet belogen und betrogen wird, zeigt schon der eine einzige Satz: „Die Beziehungen zwischen der Bevölkerung, den Beamten und der Regierungskommission sind lebhafter und ungezwungener geworden, und die Regierungskommission ist kaum auf irgendeine Opposition gestoßen.“ Das schlägt den Tatsachen geradezu ins Gesicht. In jeder Nummer des „Saar-Freund“ haben wir feststellen müssen, wie unzufrieden die Bevölkerung an der Saar mit aller und jeder Maßnahme der Regierungskommission sein mußte und ist. Wir haben nicht verabsäumt, jede Opposition aus den breitesten Volksschichten heraus hier getreulich festzunageln. Deshalb bedarf es keines weiteren Hinweises auf die Verlogenheit, mit der dieser ganze Bericht von A bis Z ausstattet ist.

Die Konferenz der interalliierten Finanzminister, die sich mit der Deckung der Kosten für die Besatzungstruppen befaßt, hat — wie der „Temps“ schreibt — sich auch mit der

Anrechnung der Saargruben auf die Besatzungskosten

befaßt und scheint eine prinzipielle Entscheidung von großer Bedeutung getroffen zu haben. Der Wert der Saargruben, sagt das Blatt, würde Frankreich in der Weise angerechnet werden, daß die Ausgaben für die Rheinlandbesatzung mit einem Schlage gedeckt wäre. Es würde sogar daraus resultieren, daß Frankreich eine höhere Summe als die erziele, die die Deckung seiner Militärausgaben erfordert. Die Erträge der Saarbergwerke sollen auf 3—400 Millionen Goldmark festgelegt werden. Man beachte also die Höhe der Festsetzung des Wertes der Saargruben. Nach nunmehr 13 Jahren soll Deutschland, wenn — was vorauszu sehen ist — die Abstimmung zu seinen Gunsten ausfällt, die Saargruben zurückkaufen. Durch die Feststellung einer derart hohen Summe in Goldmark aber soll es dem deut-

schen Reiche zur Unmöglichkeit gemacht werden, den Rücklauf zu tätigen, nach dem einfachen Rechenexempel, daß Deutschland zu dem Termin nicht in der Lage sein wird, die 3—400 Millionen Goldmark innerhalb von 6 Monaten prompt auf den Tisch zu legen. Das ist die französische Logik, die aber aller Wahrscheinlichkeit nach im gegebenen Moment doch ins Wasser fallen wird. Sollte trotzdem eine Herabsetzung dieser Summe nach 13 Jahren auf Widerstand stoßen, so wird doch dahin gewirkt werden müssen, daß die Festsetzung des Rückkaufwertes unbedingt erfolgen muß unter Berücksichtigung des Raubbaues der französischen Regierung an den Saargruben und der dadurch eingetretenen weiteren Wertverminderung.

Die französische Verwaltung der Saargruben ist überhaupt ein Kapitel für sich. Hier setzen die ersten Verwelschungsmaßnahmen ein, und die Belegschaft der Bergwerke, abhängig vom französischen Gelde, muß als Probiertarnikel dazu herhalten, geduldig weitere Verwelschungsversuche über sich ergehen zu lassen. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, steht die französische Verwaltung im Begriff, diejenigen

Bergleute des Saargebietes zu vertreiben,

die einen offensichtlichen Mangel an französischer Gesinnungstüchtigkeit an den Tag legen. Es soll nämlich die Absicht bestehen einer Anzahl deutscher Bergleute die dreimonatige Kündigung mit der gleichzeitigen Aufforderung zuzustellen, mit dem Tage des Dienstaustritts die von ihnen bewohnten Diensträume zu verlassen. Es wird sogar behauptet, um eine Räumung dieser Bergmannswohnungen zu erzwingen, wolle man bei diesen gekündigten Bergleuten den Arbeitslohn für den letzten Monat einbehalten, falls zu dem genannten Termin die Dienstwohnungen nicht geräumt sind. Diese Maßnahme der französischen Saarbergverwaltung würde zwar den unerhörtesten Akt der Willkür darstellen, der jemals an den deutschen Bewohnern des Saargebietes verübt worden ist, bedeutete im übrigen aber nur die Fortsetzung derselben Vertreibungs politik, die man schon den deutschen Bergbeamten gegenüber zur Anwendung gebracht hat. Bezeichnend ist zwar, daß, nachdem die zweifellos bestehende Absicht der französischen Bergverwaltung in der Presse bekannt geworden ist, die entsprechende Nachricht dementiert wurde. Ob man wirkliche Gegenmaßnahmen der Saarbergleute fürchtet?

Unter all diesen tausendfältigen Maßnahmen spitzfindigster West-Orientierungsbestrebungen an der Saarbevölkerung ist glücklicherweise die

Wirtschaftslage des Saargebietes

in einen derartigen Zustand gekommen, daß Kenner der Verhältnisse in zwei bis drei Monaten einen katastrophalen Zusammenbruch erwarten. Die Ursachen der traurigen Verhältnisse fallen zweifelsohne der französischen Losreisungs politik zur Last, worüber man auch an der Saar trotz aller Verdunkelungsversuche der Franzosen sich nicht hinwegtäuschen läßt. Die Franzosen werden hier eine weitere bittere Lehre einstecken müssen. Bei der gegenwärtigen Stimmung muß es ja zu einem Eklat kommen; ob er den Franzosen gerade jetzt sehr angenehm sein wird, ist eine andere Frage.

Die erste Auswirkung des Begriffes Saareinwohner tritt zutage bei der

Ausschreibung der neuen Wahlen zur Handelskammer Saarbrücken.

Wie von der Handelskammer mitgeteilt wird, sind nach der vor kurzem von der Regierungskommission erlassenen Verordnung über den Begriff Saareinwohner alle als „Saareinwohner“ zu bezeichnenden Personen zur Handelskammer aktiv und passiv wahlberechtigt geworden. „Saareinwohner“ sind nach der erwähnten Verordnung alle seit zwei Jahren im Saargebiet anässigen Personen, ferner jene, die auf Grund eines Anstellungsvertrages nachweisen können, daß sie bei einer Behörde, Körperschaft usw. des Saargebietes seit mindestens einem Jahre beschäftigt sind. Durch diese Bestimmung werden alle französischen Staatsangehörigen, sofern sie seit dem 15. Juni 1919 im Saargebiet anässig sind, und alle französischen und anderen ausländischen Beamten, die seit einem Jahre in einer Behörde usw. des Saargebietes angestellt sind, zu den Wahlen für die örtlichen Vertretungen und öffentlichen Körperschaften wie die eingewesenen Deutschen gleichberechtigt zugelassen. Das war der Zweck der Verordnung.

Wie wir vorausgesagt hatten, so ist es eingetroffen. Der „Vorwärts“ bemerkt zu dieser Verordnung sehr sarkastisch: Man werde bald „Departement Saargebiet“ sagen müssen. Aber wir dürfen doch die Flinte nicht ins Korn werfen, und wir glauben, allen Anlaß zu haben, daß die Verhältnisse selbst der Regierungskommission bald einen anderen Weg weisen werden.

Sagt doch Wilhelm Busch schon in seiner trefflichen Erkenntnis menschlichen Wesens und Geschehens:

„Wo man am meisten drauf erpicht,
Grad das bekommt man meistens nicht.“

Zur Illustrierung des

„Systems“ der Saarregierung

muß auch notgedrungen noch angeführt werden die Art und Weise, in der die Oberste Schulbehörde des Saargebietes die Beschränkung der Glaubens- und Gewissensfreiheit der Lehrpersonen zu beeinflussen beabsichtigt und die Verweisung der Volksschulen im Saargebiet betreibt. Der Lehrerverein von Homburg-St. Ingbert hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Der Lehrerverein von Homburg-St. Ingbert erhebt Einspruch gegen alle Maßnahmen der Regierungskommission für das Saargebiet, die dahin gehen, für dasselbe eine eigene Schul- und Lehreraufsicht zu schaffen. Der geplanten Einführung einer saarländischen Schul- und Lehrordnung, eines saarländischen Lehrplanes mit Unterricht in der französischen Sprache als Pflichtfach, der Krankenentlohnung sowie der Ablehnung der Zwischenprüfung im Saargebiet mangelt jegliche sachliche Notwendigkeit. Alle diese Maßnahmen sind vielmehr geeignet, die einzelnen Bezirke von ihrem Stammlande zu lösen und aus dem Saargebiet ein neues Staatsgebilde zu schaffen, was dem Geiste des Friedensvertrages mißverständlich. Der Verein will, daß im Saargebiet die deutsche Volksschule erhalten bleibt.“

Die mannhaften und kernigen Worte, die der Homburg-St. Ingberter Lehrerverein in seiner Verwahrung an die Saarregierung findet, hat — wie wir wissen — bei der Saargebietsbevölkerung rückhaltlose Zustimmung gefunden, zumal die gesamte Lehrerschaft des Saargebietes diesen beiden Entschließungen nicht fernsteht.

Der Frankendruck.

Zwei weitere illustrierende Beispiele für den We. den die Regierungskommission einschlägt, um den französischen Bestrebungen zum Siege zu verhelfen, sind folgende: Die Gemeinde Neunkirchen sah sich veranlaßt, eine neue Anleihe aufzunehmen. Als man bei der Saarregierung um die Genehmigung dazu nachsuchte, erhielt man den Bescheid, daß solche seitens der Regierung nur erteilt würde, wenn die Anleihe in Franken erfolge. Des weiteren erhielt ein neuemählter Bürgermeister einer Gemeinde nur dadurch seine Bestätigung durch die Regierungskommission, daß er die Frage: Machen Sie Ausverständnisse? mit Ja beantwortete. Diesen beiden Beispielen braucht man nichts hinzuzufügen, sie sprechen für sich.

Um den französischen Einfluß weiter zu festigen und den französischen Willen durch alle Kanäle den Saargebietsbewohnern auszuweiten, haben auch die französischen Aerate der Berawerkverwaltung von der Regierungskommission die „Ermächtigung“ erhalten, in Privatkreisen ärztliche Praxis auszuüben. Und damit wären wir wieder auf dem Gebiet der französischen Propaganda, die zielsicher ihres Weges geht, da infolge der Gewaltmaßnahmen der Regierungskommission ihr ein entschiedener Widerstand im allgemeinen nicht entgegengeleitet werden kann, ausgenommen von den Gewerkschaften, die heute gewissermaßen das fehlende Saarparlament darstellen und mutig gegen die französischen, von der gehorsamen Regierungskommission getreulich ins Werk geleiteten Uebergriffe Front machen.

Bekanntermäßten geht das Bestreben der Franzosen dahin, möglichst viel französisches Kapital, französische Banken, französische Kaufleute, Industrielle, Techniker usw. in dieses deutsche Land zu ziehen, um damit also das Saargebiet in seinen gesamten Wirtschaftsinteressen von Frankreich abhängig zu machen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ brachte darüber kürzlich einen ausgezeichneten Artikel, dem wir Nachstehendes als wissenswert entnehmen:

„Das eigentliche Organ der französischen Wirtschaftspropaganda im Saargebiet ist die „Chambre de commerce franco-sarroise“, die französisch-saarländische, oder wie sie sich jetzt zur Bereicherung des deutschen Wortschatzes benamst, die „franco-saarländische Handelskammer“. Eine große, mit viel Geld ausgestattete Organisation, gegründet im Mai 1920, mit dem Sitz in Saarbrücken und einem Büro in Paris, mit Präsidium, Verwaltungsrat, Sekretariat, Anwälten, Sachverständigen, Redakteuren usw. Besondere gezielte Befugnisse hat sie nicht, aber die Zeit und der Völkerverbund werden die nötige Maulwurfsarbeit schon verrichten, um die Rechte der einzigen, berufenen Organisation des Handels, die Saarbrücker Handelskammer, zugunsten der französischen Neugründung zu beschneiden.“

Vorsitzende der franco-saarländischen Handelskammer sind die Brüder Urban und Gérard Fabvier aus Waller-

fangen, der erste im Saargebiet, der zweite in Paris. Diese Namen sagen genug. Beide befeelt ein fanatischer Haß gegen alle Deutschgesinnten, d. h. gegen die gesamte Bevölkerung. Auf ihre niedrigen Denunziationen geht ein guter Teil der Massenausweisungen aus dem Kreise Saarlouis im August 1920 zurück. Die Fabviers bekamen damals von dem französischen Militär Blatto-Ausweisungsbefehle in die Hand gedrückt, die sie nach Gutdünken ausfüllen konnten. Von dieser Befugnis haben sie ausgiebig Gebrauch gemacht, denn bei vielen Personen kann man sich die Ausweisungen nur dadurch erklären, daß sie den Fabviers persönlich verhaßt waren.“

Wenn man im übrigen glaubt, in diesem Organ der französischen Wirtschaftspropaganda viel Material für den Industriellen und Kaufmann zu finden, so irrt man sich gewaltig. Den Hauptinhalt des letzten Heftes bildet ein längerer Artikel: „Ein Echo aus der saarländischen Vergangenheit“. Was dieser Artikel in den Mitteilungen einer Handelsorganisation soll, ergibt sich aus seinem letzten Satz: „Vom Westen, nicht vom Osten und vom Norden, her kam ehemals Heil und Kultur“. Ueber den Wert des Artikels bedarf es hiernach keines Wortes. Es ist in der Tat das typisch französische Propagandamachwerk. Auch ein Artikelchen des „Neuen Saar-Kurier“ für die Errichtung einer

Börse für das Saargebiet,

angeblich von einem Großkaufmann des Saargebietes, trägt denselben Stempel an der Stirn: Die Erfahrungen auf anderen Gebieten lassen vermuten, daß es sich hierbei um einen Versuchsballon der französischen Propagandakette für das Saargebiet handelt. Der Gedanke der Errichtung einer Produkten-, Effekten- und Devisenbörse in Saarbrücken ist übrigens nicht neu. Er wurde bereits vor dem Kriege in den Handels- und Industriekreisen an der Saar erörtert und nach dem langsamen Wiederaufleben des deutschen Wirtschaftslebens nach dem Kriege erneut erwogen. Die besonders ungünstigen Verhältnisse im Saargebiet infolge der saarländisch-französischen Zollgrenze ließen jedoch diesen Gedanken keine festere Gestalt annehmen. Aber gerade diese künstlich geschaffenen Schwierigkeiten ebneten der französischen Wirtschaftspropaganda das Feld. Die französische Propagandakette hofft zweifellos, die Fäden dort anknüpfen zu können, wo sie von den saarländischen Handels- und Industriekreisen schon vor Jahren aufgegriffen worden waren. Mit Hilfe der französischen Handelskammer für das Saargebiet und mit Unterstützung der Regierungskommission dürfte die Börsenfrage bald eine Gestalt angenommen haben, die unschwer die französischen Aufgaben erkennen lassen wird, die dieser saarländischen Börse im Interesse der französischen Wirtschaftsbestrebungen aufallen sollen.

Nach dem alten Rezept „Steter Tropfen höhlt den Stein“ bohrt und wühlt, wie wir immer wieder sehen und immer wieder hervorheben müssen, die französische Propaganda, um so das Deutschtum, das im Saargebiet „stabilisiert“ ist, wie ein „rochede bronze“ zu Fall zu bringen. Die Saardeutschen aber sind sich seit dem Einrücken der Franzosen ständig dessen bewußt gewesen, daß alles, was aus dem Westen, von Frankreich, kommt, mit Vorsicht zu genießen ist. Sie wissen Bescheid und tragen geduldig ihr Loch, bis der Tag der Abrechnung gekommen ist. Dann aber werden sie trotz aller Bevormundung und Anechtung dem natürlichen Gefühle, dem Gefühl folgen, wie es ein Kind zu seiner Mutter hat, nämlich dem der untrennbaren Zusammengehörigkeit.

Sonstige Nachrichten aus dem Saargebiet.

Die Feier des 40 jährigen Bischofs-Jubiläums des Bischofs Dr. Korum in Trier gestaltete sich zu einem hohen Volksfest für die Stadt und die Diözese Trier. Fast sämtliche Straßen waren mit Fahnen in den Farben der Stadt und der Kirche geschmückt. Eingeleitet wurde die Feier am 13. August abends durch das Geläute sämtlicher Glocken der Stadt. Ungefähr 40 000 Männer und Frauen beherbergte Trier in diesen Tagen als Gäste in seinen Mauern, ein Beweis für die große und aufrichtige Sympathie, deren sich der Bischof Korum in allen Kreisen der Bevölkerung zu erfreuen hat. Am 14. August nachmittags bewegte sich ein ungeheurer Festzug durch die Straßen zum Bischofshof. In diesem Zuge waren aus allen Teilen der Diözese Vereine und Körperschaften mit ihren Bannern vertreten. Der Zug, auf 30—40 000 Personen geschätzt, wurde zu einem Drittel gebildet durch die Gruppe „Saar“. Zu Ehren des Bischofs Dr. Korum weilten in Trier Kardinal und Erzbischof Dr. Schulte von Köln, ferner die Bischöfe Dr. von Keppler von Rottenburg, Dr. Hugo von Mainz, Dr. Kilian von Limburg, Dr. Sebastian von Speyer, Dr. Klein von Paderborn und Dr. Berning von Osnabrück, außerdem Abt Idesons Herwegen von Maria Laach. Von den welt-

lichen Behörden war Staatssekretär Dr. Brugger u. a. aus Berlin erschienen, ferner der Oberpräsident v. Groote. Bei dem Festzuge wurden besonders die Knappschaften aus dem Saargebiet von der Volksmenge begeistert begrüßt, wie überhaupt die treue Anhänglichkeit der Saargebetsbevölkerung an den Trierer Bischof bei den übrigen Teilnehmern des Festes freudige Zustimmung erregte und beim Umzug jubelnde Zurufe auslöste. Abends wurde dem Bischof von 800 Sängern eine Sere-nade dargebracht. Die Stadt Trier ehrte ihren Bischof durch einen künstlerisch vornehm ausgestatteten Ehrenbrief. Am 15. August fand ein Pontificalamt statt, zu dem über 2000 Fahnen ihren Einzug in den Dom hielten. Anschließend erfolgte die Gratulationscours des Klerus und der Laien der Trierer Diözese. Der vollstümliche Bischof hatte besonders seine Freude an den Glückwünschen der Teilnehmer aus dem Saargebiet, und er ließ ihnen besonders danken durch den Prälaten Dr. Kaas, der in seinen Ausführungen erklärte: „Ich bin soeben vom Hochwürdigsten Herrn Bischof beauftragt worden, den Teilnehmern von der Saar seine Glückwünsche und seine Dankeschuld zu überbringen. Er dankt den treuen Saardeutschen für ihren bewiesenen Mut. Gern wäre er schon zu ihnen an die Saar gekommen, doch die Verhältnisse er-

laubten es nicht. Wir haben jedoch das Bewußtsein, sagte er, daß wir nach wie vor zusammengehören.“ — Am

12. August nachts brach in der Metallacher Steingutfabrik von Villeroy u. Boch Großfeuer aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Die Fabrik hat dadurch großen Schaden erlitten. Kostbare Dokumente, viele nicht zu ersetzende Dinge, besonders Steingutformen, sind vernichtet. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt.

An der Lösung des Brandes nahmen die sämtlichen Wehren der Umgegend teil, aber erst mit dem Eintreffen der Saarbrücker Motorspritze, die ausgezeichnete Dienste leistete, konnte man des Feuers Herr werden und verhindern, daß der Brand auf die übrigen Fabrikgebäude übergriff. — Das Ergebnis der ersten Sammlung für die neuen Glocken der katholischen Kirche in Dittweiler betrug 46 344,50 Mark. Es soll noch eine zweite Sammlung veranstaltet werden, deren Rest dann für das Kriegerdenkmal in der Kirche bestimmt ist. — Der frühere Kriegerverein in Wiebelskirchen hatte seine Mitglieder kürzlich zu einer Schlußversammlung eingeladen, in der die Umwandlung des Vereins in einen Sterbekassenverein vorgenommen werden sollte. Es wurde aber mit allgemeiner Zustimmung die Auflösung des Vereins und die prozentuale Verteilung des vorhandenen Barvermögens beschlossen. — Am 28. August fand das bereits früher angekündigte Bauernfest in Heusweiler statt, zu dem vorgesehen waren ein historischer Festzug, Pferderennen, Ausstellung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie Prämierung von Tieren und Maschinen. — Die freiwillige Feuerwehr Fischbach feierte am 21. August ihr 30jähriges Stiftungsfest verbunden mit einer vorzüglich inszenierten Schauübung. — Da durch das Ergebnis der letzten Blumentage in Saarlouis-Roden die Summe für den zu errichtenden Gedenkstein für die im Kriege Gefallenen bedeutend gestiegen ist, trägt man sich mit dem Gedanken der Errichtung eines Denkmals. — Das Schwoeglische Haus in Saarlouis ist zum Preise von 180 000 Mark an einen Käufer in Saarwellingen übergegangen. — In St. Wendel sollte die freiwillige Versteigerung der von der Stadtgemeinde erbauten neuen städtischen Häuser stattfinden. Es bewegten sich aber die Gebote in einer derart niedrigen Grenze, daß kein Zuschlag erteilt werden konnte.

Vereine. Sein 40jähriges Stiftungsfest konnte am 7. August der Männergesangsverein „Liederfranz“ in Elversberg begehen. Zu der mit einem sorgfältig ausgestatteten Gesangsprogramm verbundenen Feier hatte sich eine ganze Reihe anderer Gesangsvereine als Gäste eingefunden. — Der Verein der Musikfreunde in Neunkirchen hat seine Vorbereitungen für den nächsten Winter getroffen und insbesondere sechs Konzerte festgelegt, denen eine hervorragende künstlerische Bedeutung beizumessen ist. — Der Schützenverein „Tell“ in Fürstenhausen beging sein 10jähriges Stiftungsfest, zu dessen Verschönerung der Gesangsverein „Augusta“ einige ausgewählte Chöre zu Gehör brachte.

Sport. Die St. Johanner Turnerschaft beging am 7. August auf dem Turn- und Sportplatz am Waldbause im St. Johanner Wald die Feier ihres 47jährigen Stiftungsfestes, nachdem am Vormittag die Einweihung einer Gedenktafel für die im Kriege gefallenen Turner des Vereins in der Turnhalle am Landwehrplatz stattgefunden hatte. — Sein 12jähriges Stiftungsfest feierte am 14. und 15. August der F. C. Viktoria 09 in St. Ingbert, das er mit einem Sportfest verband. — Sein 40jähriges Stiftungsfest beging der Turnverein St. Ingbert. Trozdem das Wetter wenig günstig war, nahm das Fest unter

überaus zahlreicher Beteiligung besonders auch auswärtiger

Turnfreunde, einen schönen und befriedigenden Verlauf. —

An dem am 14. August am Fuße des Feldberges bei Bad Homburg abgehaltenen Feldbergturmfest beteiligten sich siegreich die Turner von Neunkirchen, ferner auch der Turnverein Dirmingen. — Am 4. Sept. veranstaltet die Freie Bauernschaft des Kreises

Saarlouis und Merzig ein Pferderennen in Saarlouis-Fraulautern, zu dem fünf Preise gestiftet sind.



Saarbrücken. Bild von der alten Brücke auf die Schlosskirche.

Personalnachrichten. Dem Konsul der Vereinigten Staaten Paul Cram in Nancy ist die Ermächtigung erteilt worden, sein Amt im Saargebiet auszuüben. — Ernannet wurden der Posttrat Böcker bei der Oberpostdirektion des Saargebiets zum Oberposttrat, der Telegraphendirektor Hagemann bei derselben Direktion zum Posttrat. — An Stelle des zum Pfarrvikar von Stenweiler ernannten Herrn Kaplan Junker wurde der Neupriester Wilhelm Wagner aus Koblenz-Neuendorf zum Kaplan von St. Jakob, Saarbrücken 1, ernannt. Der Neupriester Karl Berens wurde zum Kaplan in Trier-St. Paulin ernannt. Der Religionslehrer am Reform-Realgymnasium Studienrat Kremer scheidet zum 1. Oktober aus, um an der Universität Freiburg höheren Studien obzuliegen. An seine Stelle wurde Balduin Schmidt aus Großrosseln, bisher stellvertretender Religionslehrer am staatlichen Gymnasium zu Koblenz, berufen. An Stelle des infolge seiner Krankheit verstorbenen Kaplans Speicher wurde der Neupriester Jost aus Dieffen zum Kaplan von St. Johann (Saarbrücken 3) ernannt. An Stelle des zum Pfarrer von Neroth ernannten Kaplans Schwind ist der Neupriester Emil Müller von Rehlingen zum Kaplan von Herz-Jesu ernannt worden. — Endgültige Anstellungen erhielten die Lehrer Piro, Joseph in Wadgassen, Maas, Johann in Saarlouis; desgl. die Lehrerinnen Klein, Gertrud in Dillingen, Friedrich, Alara in Bisten. — Versetzt wurden: die Lehrer Labellion, Joh. von Schwarzenholz nach Hostenbach, Dittscheid, Richard von Ueberherrn nach Saarbrücken, Austgen, Peter von Erbringen nach Rehlingen, Blumann, Jakob von Nalbach nach Elm, Thines, Paul von Bous nach Bildstock, Bauer, Heinrich von Felsberg nach Gersweiler, Kiel, Peter von Kölln nach Wadgassen; desgl. die Lehrerin Görg, Anna von Dillingen nach Bildstock. — Ausgeschieden sind: der Lehrer

Hegner, Johann, Saarlouis, die Lehrerin Theis, Anna, Saarwellingen. — Des weiteren erhielt endgültige Anstellung: die Lehrerin Maria Holzer in Diefflen. Versetzt wurden: Rektor Nikolaus Wagner von Hüttersdorf nach Merchweiler, Lehrer Jak. Müller von Bergweiler nach Hüttersdorf-Buprich, Lehrer Mit. Jung von Saarwellingen nach Saarlouis, Lehrer Pet. Schäfer von Saarlouis nach Nalbach. Pensioniert wurde die Lehrerin Maria Wendels in Nalbach. — Der komm. Leiter des Finanzamtes Sulzbach, Obersteuereinvektor Jung, wurde zum Steuerrat ernannt. — Die Assistenten Brommenschkel, Tronecker, Schwenk und Jörres vom Versicherungsamte Saarbrücken sind zu Sekretären ernannt worden. — Die Herren Walther und Wagner vom hiesigen Verkehrsamt sind zu Regierungssekretären ernannt worden. — Versetzt wurden: Eisenbahnsekretär Müller von der Güterabfertigung zur Eisenbahndirektion (Bureau 4) als Eisenbahnassistent, Richter vom Bureau 2 nach der Güterabfertigung Saarbrücken H.-B. Bahnhofsvorsteher Hesse von Fürstenhausen nach Reben zur Verwaltung des Bahnhofes, Eisenbahnassistent Künzer von Saarbrücken nach Fürstenhausen zur Verwaltung des Bahnhofes, die Unterassistenten Rauh von Saarbrücken Ab. nach Malsstatt, Kuhren von Malsstatt nach Saarbrücken und Rausch von Saarbrücken E.-D. nach Burbach. Eisenbahngelisse Carl Schmidt 2 von Saarbrücken E.-D. nach Burbach. Die Prüfung zum Unterassistenten haben bestanden: die Eisenbahngelissen Wenland in Hanweiler, Gallen in Schleifmühle, die Weichensteller Belsche in Saarbrücken und Burgeois in Dillingen. Stationschaffner Mahler in Dillingen und Eisenbahngelisse Weber in Bous. Die Prüfung zum Lokomotivführer haben bestanden: die Heizer Wagner, Scherer, Scholtes, Schneider, Herrmann, Rohrbach, Schneider 2 und Schweiß in Saarbrücken, Heinze, Weber 2 und Hakteufel in St. Wendel. — Ehrung eines Lebensretters. Herrn Benkert aus Saarbrücken 3 wurde das silberne Abzeichen für Lebensrettung von der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft verliehen. Herr Benkert rettete am 16. Juli d. J. unter eigener Lebensgefahr einen jungen Mann vom Tode des Ertrinkens aus der Saar.

Todesfälle. Ludwig Schultze; Johann Standt, 63 Jahre; Schuhmachermeister Heinrich Weber; Frau Ww. Margarete Becker, geb. Herrmann; Frau Frida Goebel, geb. Reuhold, 29 Jahre; Frau Martha Hennig, geb. Reih; Frau Christiane Klein, geb. Sauerwein, 72 Jahre; Schreinermeister Matthias Clemens, 55 Jahre; Dienstmann Michel Dittel, 50 Jahre; Ludwig Hoer, 78 Jahre; Jakob Müller, 65 Jahre; Fabrikant Leopold Pflug; Rantiermeister a. D. Johann Schuh, 68 J.; Frä. Sophie Platz, 32 Jahre; Frau Emma Kade, geb. Drumm; Ernestine Senft, 30 Jahre; Frau Ww. Margarete Stebler, verm. Zipp, geb. Budinaer, 40 Jahre; Frau Wwe. Jul. Korn, geb. Geuerber, sämtlich in Saarbrücken. — Penf. Schlosser Johann Blau, 69 Jahre; Julius Dreßler, 83 Jahre; Albert Krempen, 30 Jahre; Weichensteller 1. Kl. a. D. Nikolaus Wolff, 67 Jahre; Frau Wwe. Creszenzia Einsiedler, geb. Einsle, 71 Jahre; Frä. Bieschen Fried, 38 Jahre; Frau Louise Gottschalk, geb. Schulz, 38 Jahre; Frau Wwe. Jos. Kraus, geb. Lemberg, 44 J. 7 Mon., sämtlich in Neunkirchen. — Margarete Lauer, 19 J. 5 Mon., in Altenwald. — Frau Wwe. Johann Senzig, geb. Guersch, 82 Jahre, in Ritten. — Frau Karoline Munz, geb. Laufer, 29 Jahre, in Büdingen. — Schichtmeister Ernst Beith, in Dudweiler. — Fr. Karoline Gentes, geb. Leibrod, 36 Jahre, in Reeden. — Peter Schwin, 74 J., in Elm. — Frau Heinrich Scherk, Puisse, geb. Klein, 69 Jahre, in Hilsbach. — Luftmilit Friedrich Emmerich, 29 Jahre, in Elversberg. — Penf. Beramann Friedrich Wallacher, 78 J., in Elversberg. — Frä. Käthe Franzmann, 21 Jahre, in Gersweiler. — Fr. Wwe. Geora Wilhelm, Katharina, geb. Nies, in Griesborn. — Kommerzienrat Frik Müller, in Ralferslautern. — Penf. Bergmann u. Presbyter Christian Leibrod, 67 Jahre, in Limbach. — Frau Pauline Weber, geb. Strobel, in Quisenthal-Saar. — Frau Wwe. Heinrich Duvall, geb. Guillaume, 66 Jahre, in Dudweiler. — Penf. Beramann Paul Bär, 71 Jahre, in Heiligenwald. — Lehrer Jakob Hennes, 63 Jahre, in Quierschied. — Schreiner Eugen Sontag, 39 J., in Saarlouis. — Wilhelm Spinneweber, 65 Jahre, in Schiffweiler. — Penf. Beramann Andreas Zimmer, 68 Jahre, in Schiffweiler. — Frau Wwe. Anna Maria Schell, geb. Bodtlander, 73 Jahre in Schiffweiler. — Maler Heinrich Jungel, 38 Jahre, in Bülkingen. — Jakob Bih, 61 Jahre, in Wiebelskirchen. — Fr. Ludw. Seiler, geb. Holz, 58 Jahre, in Wiebelskirchen. — Frau Wwe. Berta Bregas, geb. Rahmlow, 72 J., in Wiesbaden.

Wirtschaftliche Nachrichten.

Im Verkehr mit dem Saargebiet

muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß Postsendungen aus dem Reiche ins Saargebiet nur Inlandsporto erfordern, da das Saargebiet nach wie vor zum Deutschen Reiche gehört und trotz der unglücklichen Bestimmungen von Versailles keinesfalls als Ausland zu betrachten ist. — In Handels- und Industriekreisen des unbefestigten Gebietes ist es dagegen noch nicht genügend bekannt, daß das Saargebiet dem französischen Zollgebiet eingeordnet ist. Infolgedessen kommt es häufig vor, daß die Begleitpapiere bei der Versendung der Güter nicht vorschriftsmäßig ausgestellt werden. Die Folge davon ist, daß unter Umständen erheblich größere Spesen entstehen, als eigentlich notwendig wären.

Sonstige wirtschaftliche Nachrichten.

Mit Rückwirkung vom 1. Juli ab erhalten alle katholischen und evangelischen Pfarrer und Hilfspfarrer eine monatliche Zulage von 60 M. — Die von uns schon verschiedentlich besprochene Wohnungsverordnung der Regierungskommission ist nunmehr im Amtsblatt veröffentlicht worden. — Der Verband der Saarpresse, die Redakteur-Organisation des Saargebietes, stellte an den Zeitungsverlegerverband das Ersuchen, in Anbetracht der weiter gestiegenen Lebenskosten die seit dem 1. Oktober 1920 gültigen Tariffätze monatlich um 1000 Mark für Verheiratete und 800 Mark für Unverheiratete zu erhöhen. — Der Burbacher Hütten-Konzern, der eine Niederlassung in Brasilien vorbereitet, wird nun auch in China und Indien Zweigunternehmungen errichten. — Im Kreise Saarlouis soll eine Zwangsinnung für das Zimmergewerbe errichtet werden.

Saarbergbau und Saarindustrie.

Die Wirtschaftskrise im Saargebiet

nimmt immer bedrohlichere Formen an. Die Zahl der seit etwa vier Wochen ausständigen Arbeiter beträgt jetzt rund 7000; hinzu kommen die Entlassungen bei der Firma Röschling in Bülkingen mit weiteren etwa 2000. Auch auf den fünf Werken der Keramikindustrie ist es zu einer Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch nicht gekommen, und es hat auch gar nicht den Anschein, als ob in allernächster Zeit mit einem Vergleich gerechnet werden könnte. In dem Lohnkampfe im Baugewerbe fanden am 20. August vor dem Saarbrücker Schlichtungsausschuß Verhandlungen statt, die wenigstens hier zu dem erwünschten Frieden zu führen scheinen. Im Glasarbeiterstreik in St. Ingbert und Sulzbach ist die Lage weiterhin unverändert und ein Streikende nicht abzusehen. Infolge dieser schwierigen Lage finden dauernd Verhandlungen und Versammlungen statt. Von der Arbeiterschaft der Bülkinger Hütte wurde eine Versammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes abgehalten und heißt es in der der Regierungskommission des Saargebietes zugegangenen Entschlieung u. a.:

Die Versammlung ersucht die Regierungskommission, Schritte zu unternehmen, damit durch eine Verbilligung der Kohlenpreise und Herabsetzung der Frachtsätze ein Zusammenbrechen der früher blühenden Industrie des Saargebietes und die damit verbundene Verelendung fast der gesamten Bevölkerung vermieden wird. Sollte diesem Vorgehen ein Erfolg versagt sein, so fordert die Versammlung, daß seitens der Organisation der Arbeiter und bzw. dessen Geschäftsführung auf die der Arbeiterschaft der Hütten- und Metallindustrie drohende Katastrophe aufmerksam gemacht wird.

Die Arbeiterschaft verlangt nicht mit Unrecht, daß seitens der Regierungskommission endlich Schritte unternommen werden, um die in jeder Weise gefährliche Lage aller beteiligten Kreise erfolgreich zu bessern. Ob sie allerdings in der Lage ist, Abhilfe zu schaffen, und ob sie den guten Willen dazu hat, das ist eine andere Frage.

Wirtschaftslage und Lohnabbau im Saargebiet.

Ueber das Verhängnis der Krankenwährung und ihren Zusammenhang mit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise im Saargebiet bringt die „Kölnische Volkszeitung“ Nummer 593 vom 23. August u. a. folgendes: „Wie liegen denn eigentlich die wirtschaftlichen Verhältnisse im Saargebiet? Die nicht allein aus wirtschaftlichen Gründen eingeführte Frankenzahlung im Bergbau hatte sicher für den Moment eine bedeutende Besserstellung der Bergarbeiter gegenüber den anderen Bevölkerungsteilen zum



Dittweiler vom Bahnhof aus.

Teil auf deren Kosten im Gefolge. Es war aber ein Danaergeschenk. Das ganze Saargebiet litt unter den ungeheuer hohen Kohlenpreisen. Der Absatz stockte, es kamen die berückichtigten Feierschichten Anfang dieses Jahres, welche den Salutagewinn der Bergarbeiter teilweise wieder absorbierten. Diese Krise benutzte die französische Bergverwaltung, um die Löhne der Bergarbeiter ab 14. 3. um 4 Franken herabzusetzen. In der Praxis wurden aus diesen 4 Franken dann 6—7 Franken. Trotzdem hörten die Feierschichten erst in dem Moment auf, als Saarkohlen nach England gingen. Diesen ungeheuren Lohnabbau, der nur das Steigen des Frankenkurses milderte (also durch Wertspekulation), der aber auf der andern Seite die Teuerung verschärfte, mußten die Arbeiterorganisationen hinnehmen.

Um diese Zeit setzte auch der Lohnabbau in den Eisen- und Hüttenindustrien Amerikas, Englands, Belgiens und Frankreichs ein. Für jeden volkswirtschaftlich Denkenden war es klar, daß, nachdem auch die Saarküstenarbeiter den Franken hatten, sie ebenfalls wie die Bergarbeiter in den Strudel des Abbaues hineingezogen würden. Die Schwerindustrie befindet sich eben in einer wesentlich anderen Lage wie der Bergbau. Ihr Hauptabsetzgebiet ist Deutschland. Sie muß daher mit deutscher Währung bei den Einnahmen und der hohen französischen Währung bei den Ausgaben kalkulieren. Da ist es erklärlich, daß die Arbeitgeber das gelbliche Mißverhältnis ebenfalls durch einen Lohnabbau auszugleichen suchten. Die unter sich uneinige Arbeiterorganisation rief den Schlichtungsausschuß an, der allerdings im Saargebiet nur als Einigungsinstanz fungieren kann. Der Schlichtungsausschuß, der am 13. Mai tagte, stellte sich einstimmig auf den Standpunkt, daß im Hinblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Lage der Werte ein Lohnabbau nicht zu umgehen sei.

Was wir also seinerzeit bei Einführung der Frankenvährung vorausgesehen hatten, ist inzwischen eingetreten. Die anfänglichen Vorteile der Frankenvährung für die Arbeiterschaft sind durch die inzwischen eingetretenen Verschlechterungen der gesamten wirtschaftlichen Lage im Saargebiet nicht nur hinfällig geworden, sondern die ganze Lage sowohl der Unternehmer als auch der Arbeiterschaft hat sich nach Einführung der Frankenvährung auf die Dauer wesentlich verschlechtert. Der einzige positive Vorteil der sogenannten Verbesserung ist auf Seiten der französischen Propaganda im Saargebiet und auf das Konto der zahlreichen Schieber und Frankenhändler zu buchen, die aus jedem derartigen Umschwung ihren Gewinn zu ziehen und zu sichern wissen, während die betrogene Arbeiterschaft sich gegenseitig die Folgen des unerwarteten Umschwungs in die Schuhe schiebt. Besonders die linksradikalen Elemente können sich nicht genug darin tun, gegen

den nationalgefeindten Teil der Arbeiterschaft zu hetzen. Man selbst sich gegenseitig auf, anstatt den wahren Grund der Verhältnisse zu erfassen und sich geschlossen gegen die weiter vordringende französische Propaganda im Saargebiet zu wenden, auf die allein in letzter Linie die Einführung der Frankenvährung zurückzuführen ist.

Hundertjähriges Bestehen der Grube „König“.

In diesen Tagen sind 100 Jahre vergangen, seit der erste Spatenstich zur Abteuung der Grube „König“ und dadurch ein bedeutungsvoller Schritt zur Entwicklung des Saarbergbaues getan worden ist. Unter Preußens Regime wurde der Saarbergbau, der damals noch in den Kinderschuhen steckte, mächtig ausgebaut und zu der hohen Blüte gebracht, deren er sich heute noch erfreuen kann. Der Grube „König“ verdankt Neunkirchen neben dem Neunkircher Eisenwerk hauptsächlich seine Entwicklung.

Statistik über Löhne, Arbeiterzahl und verfahrenen Schichten auf den Saargruben im 1. Quartal 1921.

Die Arbeiterzahl der Saarkohlengruben (ohne Frankenhöle) betrug Ende März 1921: Unter Tage 50 480, über Tage einschl. Anlagen 18 515, die Anzahl der verfahrenen Schichten belief sich bei der Kohलगewinnung unter Tage auf 3 099 228, über Tage 1 036 167, zusammen 4 162 395, Anlagen, (Kokerei, Hasenarat, Faktorei usw.) 103 628, Vorrichtungs- und Reparaturarbeiten unter Tage 8084, über Tage 20 120, Gesamtsumme 4 294 227. Die Zahl der Unfallverletzten betrug: Tödliche Unfälle unter Tage 21, Unfälle, die mehr als 4 Wochen Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatten, unter Tage 147, über Tage 24. Die durchschnittlichen Schichtlöhne (Abzüge sind noch darin enthalten) standen: Vollenhauer im Gedinge, ohne Familienzulagen 23,06 Franken, mit Familienzulagen 25,77 Franken, Durchschnitt aller Arbeiter unter Tage 20,47 Franken (22,42), Durchschnitt aller Arbeiter über Tage (einschl. die Anlagen) 19,45 Franken (21,25).

Aus unserem Nachbarlande Elsaß-Lothringen.

Die drakonischen Gewaltmaßnahmen der Franzosen, das Elsaß und Lothringen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verwüsten und den deutschen Geist und deutsche Einrichtungen durch französische Surrogate zu ersetzen, treibt immer ärgere Blüten. So hat jetzt neuerdings die Präfektur des Departements Moselle einen Erlaß veröffentlicht, nach dem die Aufführung von Theaterstücken, der Vortrag



Blieskastel. Katholische Kirche.

von Deklamationen und Liedern in deutscher Sprache in Lothringen verboten wird. Elässer und Schweizer Dialekt dürfen einstweilen noch Verwendung finden. — Auch auf kommunalem Gebiete erschweren die Franzosen den Städten unnötigerweise die Stabilisierung des Etats, wie zum Beispiel die Frage der Forbacher Kasernen zeigt. Vor dem Kriege hatte die Stadt städtische Anleihen im Gesamtbetrage von 4 100 000 Mark zeichnen lassen zum Bau der neuen Kasernen. Vor etwa Jahresfrist nun mußte die Stadt den Zinsendienst einstellen, da der französische Militärismus die aus dem mit dem deutschen Militärismus seinerzeit abgeschlossenen Mietvertrag herrührenden Pflichten nicht übernahm. Unloyaler hätten die Franzosen nicht vorgehen können, und die Erbitterung unter den Zeichnern der Anleihe ist außerordentlich groß. Jetzt plötzlich bekommt die Stadt Forbach die kategorische Anweisung, bis spätestens 1. September Mittel flüssig zu machen zur Einlösung der längst fälligen Zinskupons der Kasernenanleihen. Wenn die Franzosen glauben, auf diesem Wege sich die Sympathien der Bevölkerung des Landes erringen zu können, nach welchem sie seit 1871 tränenden Auges und sehnuchtsvoll ihre Blicke richteten, dann können wir Deutsche nur mit dem daraus todsicher entspringendem Erfolge ganz zufrieden sein.

Aus dem besetzten Rheinland.

Die Finanzkonferenz der Alliierten hat die Kosten der Besetzungen einschließlich der Kosten, die durch die alliierten Militärkommissionen in Deutschland entstehen, auf eine Pauschalsumme von 240 Millionen Goldmark festgelegt. — Nach einer Mitteilung des „Matin“ erklärte der französische Außenminister, daß die Frist zur Besetzung der Rheinlande mit dem 1. August beonnen habe zu laufen. — Die Art und Weise, wie die französischen Truppen in den Schulen des Duisburg-Düsseldorfer Bezirkes gehaust haben, wird nicht so bald vergessen werden. Treppengeländer sind weggerissen, Anatomieschränke mutwillig zerstört und entwendet, die Zeichensäle verwüstet, die Kochschulen ausgeraubt; in den Klassenzimmern sind Lampen, Pulte, Schränke und Tafeln ruiniert, in den Turnhallen sind die Scheiben zerworfen und die Turngeräte unbrauchbar gemacht. Das nennt man dann „culture“. — Die Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar eine Entscheidung mitgeteilt, nach der sie beschlossen hat, nicht mehr zuzulassen, daß die deutschen Gerichte über Vaterchaftsklagen gegen Personen entscheiden, die zu den alliierten Armeen oder zur interalliierten Rheinlandkommission gehören. Diese neue Verfügung widerspricht den Grundrücken des Völkerrechts, das auf dem Boden des Territorialprinzips steht. Sie ist aber außerdem von jedem sozial Empfindenden als ein Widerspruch mit aller Moral scharf zu verurteilen, werden doch durch diese Verfügung praktisch Alimentationsklagen gegen Angehörige der Besatzungstruppen unmöglich gemacht. — Unter dem Namen „Bureau mixte Franco-Rhenan“ besteht in Wiesbaden ein Unternehmen, das unter dem Deckmantel der Vermittlung von Wiederaufbauaufträgen französische Handelsespionage treibt. Durch Handelsagenten wird der Anschein erweckt, daß Millionen Aufträge in Deutschland untergebracht werden sollen. In Wirklichkeit handelt es sich nur darum, Muster und Zeichnungen zu erhalten, ferner die Arbeiterzahl, Zahl der Maschinen vor dem Kriege und in der Jetztzeit und die Lieferfähigkeit festzustellen, kurzum alles, was zum Abschluß eines ernsthaften Geschäftes durchaus nicht erforderlich ist, im Gegenteil, nur zu Spionagezwecken dienen kann. Im übrigen geht der Sonderbündler Dörten bei diesem Büro ein und aus. — Die Besatzungsbehörde in Düsseldorf hat jede Gründung eines neuen Vereins ohne die Genehmigung des Ortsdelegierten ausdrücklich verboten. Ebenso sind die französischen Delegierten in der Pfalz angewiesen, bei öffentlichen Umzügen von Vereinen und bei Vereinsfestlichkeiten keine Musik mehr wie bei Trommeln führen zu lassen, weil dadurch die Veranstaltungen einen „militärischen“ Charakter bekämen. Diese Anordnungen gewähren abermals einen interessanten Einblick in die französische Psyche. — In Wiesbaden ist der Polizeikommissar Kleiford ohne Angabe von Gründen von den Franzosen verhaftet und nach Mainz transportiert worden.

Die schwarze Schmach. In Diez a. d. Lahn wurde am 7. August gegen 11 Uhr abends eine Polizeipatrouille plötzlich auf die Hilferufe einer weiblichen Person aufmerksam. Sie stellte fest, daß ein farbiger französischer Soldat ein Mädchen überfallen, zu Boden geworfen hatte und eben dabei war, es zu vergewaltigen. Beim Erscheinen der Patrouille ergriff der Soldat die Flucht. Als er eingeholt wurde und festgenommen werden sollte, ging er mit blanker Waffe gegen die deutschen Polizeibeamten an. Er wurde

aber überwältigt und der französischen Behörde übergeben. Dieser Vorfall ist innerhalb vier Wochen bereits der fünfte unsittliche Angriff, der in Diez durch farbige Soldaten auf deutsche Mädchen verübt wurde. (Mth.) — Nunmehr wird amtlich bestätigt, daß in Haan bei Bohnwinkel ein französischer Soldat des 154. Infanterie-Regiments festgenommen werden konnte, der sich bereits vorher eines unsittlichen Überfalles auf ein 15jähriges Mädchen hat zuschulden kommen lassen. Diesmal hatte der Bursche eine 23jährige Fabrikarbeiterin auf dem Rückweg von ihrer Arbeitsstätte in der Nähe der bei Haan liegenden Zollstation zu vergewaltigen versucht. Auf die Hilferufe des Mädchens eilte ein in der Nähe auf dem Felde arbeitender Deutscher herbei, auf den der Soldat mit der blanken Waffe losging. Da der Deutsche sich von dem Franzosen nicht einschüchtern ließ, floh dieser zur Zollstation, wohin ihm der Mann und das Mädchen folgten; sie veranlaßten dort die Feststellung seiner Personalien. (Frankf. Ztg. Nr. 602.)

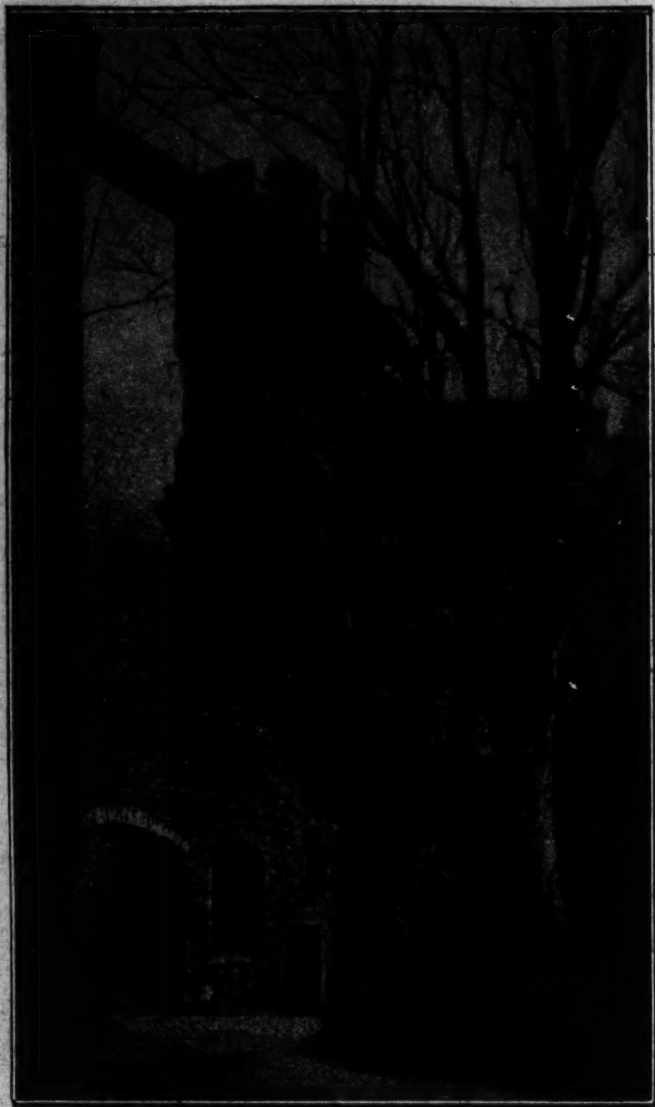
Falsche Urteile über das Saargebiet und seine Bewohner.

Wenn erfreulicher Weise auch im deutschen Vaterlande vielfach ein Wachsen der Teilnahme für das Saargebiet zu beobachten ist, so kann man oft doch noch äußerster Gleichgültigkeit gegenüber den Saargebietsangelegenheiten begegnen. Und nicht nur das. Ausgesprochenes Mißtrauen wird den Bewohnern des Saargebiets entgegengebracht. Die traurigen Fälle vom Ueberläuferstum, die schließlich auch im Reiche bekannt wurden, haben dieses Mißtrauen hervorgerufen. Dem Freunde des Saargebiets, der den deutschgesinnten Teil der Saargebietsbewohnerschaft verteidigt, fällt es sehr schwer, mit seiner Meinung zu überzeugen. Einige Beispiele, die ein Vertrauensmann erlebte, mögen dies erläutern.

Als derselbe in einer norddeutschen Stadt einen Lichtbildervortrag über das Saargebiet hielt, wurde er nachher von einem Herrn gefragt: „Sie sind selbst Saarbrücker.“ Als diese Frage bejaht wurde, wurde weiter gefragt: „Dann sind Sie ja wohl Lothringer?“ Dieser Unkenntnis geographischer Art kann man vielfach begegnen. Eine Dame fragte denselben Vertrauensmann, als er für seine Heimat eine Lanze brach: „Ja, sind die Leute dort nicht Franzosen?“ Als ob nicht jedes Schulkind wissen könnte und mußte, daß das Saargebiet preussisches bzw. hayerisches Gebiet sei. Ein der Presse nahestehender Herr hatte von einem Lautensänger, der angeblich dem Rheinlande entstammte, gehört, im Rheinlande sei man der Meinung, daß das Rheinland doch französisch werde. Das wurde dann auch auf das Saargebiet bezogen, als der betreffende Vertrauensmann für das Saargebiet eintrat. Sollte dieser fahrende Sänger, der einmal Akademiker gewesen sein soll, nicht vielleicht ein Verräter gewesen sein, der insgeheim in fremdem Solde arbeitete? Auf jeden Fall war es ein vaterlandsloser Geselle, der leichtsinnig ein solches Urteil über das Rheinland verbreitete. Wehe, wenn Deutsche solche Aussagen zur Grundlage für ihr Urteil über das besetzte Gebiet nehmen!

Demgegenüber muß mit aller Kraft betont werden: Das Saargebiet ist rein deutsches Gebiet. Die Bewohner sind nach Abstammung und Sprache reindeutsch. Daß es auch Verräter darin gibt, ist eine traurige Tatsache. Solche Verräter hat es aber auch in anderen Teilen des deutschen Vaterlandes gegeben und gibt es heute auch noch.

Einige Beispiele aus der Geschichte des Saargebietes mögen die Treue der saarländischen Bevölkerung zum Deutschtum erhärten. Als im ersten Pariser Frieden Saarbrücken Frankreich zugesprochen worden war, war es die Saarbrücker Bürgerschaft selbst, die für den Wiederanschluß an Deutschland sich bemühte. Eine Bürgerversammlung beschloß, mit allen Mitteln dahin zu wirken. Später reisten Deputierte der Bürgerschaft nach Paris, und ihren Anstrengungen gelang es, im zweiten Pariser Frieden den Anschluß an Deutschland zu erreichen. Während des Krieges 1870/71 zeigten die Saarstädte eine so treue und tapfere Haltung, daß König Wilhelm I. denselben erlaubte, den preussischen Adler im Wappen zu führen. Diese Beispiele stehen sich vermehren. Möchten doch endlich die Stimmen verstummen, die an der Treue der Deutschen im Saargebiete zweifeln! Nichts kann aber umgekehrt den Mut der treuen Saarländer mehr stärken, als das Vertrauen ihrer deutschen Brüder. ***



Burg Montclair bei Mettlach.

Das Saargebiet und die Frankenwährung.

Seit der Besetzung durch die Franzosen bietet das Saargebiet das Bild eines wirtschaftlichen Verfalls, wie es sich in der Geschichte eines Volkes noch nie gezeigt hat und wie er schlimmer kaum gedacht werden kann. In ihrem Bestreben, das Saargebiet zu annektieren, haben die Franzosen nichts unversucht gelassen, um die natürlichen, historisch gesegneten Wirtschaftsbande zwischen dem Saargebiet und dem deutschen Mutterlande zu zerschneiden, um auf diesem Wege die ökonomische Grundlage für die Durchführung politischer Maßnahmen zur inneren Bindung der Saarbevölkerung an das französische Wirtschaftsleben herbeizuführen. Dabei wird auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens ein System zur Anwendung gebracht, das in keiner Weise den Verhältnissen des Saargebietes Rechnung trägt. Wie sehr dies der Fall ist, zeigt insbesondere die Frankenwährung, welche die Saarregierung einführt, ohne sich daran zu kehren, daß das Saarbedenabkommen eine zwangsweise Einführung der Frankenwährung verbietet und daß im übrigen die Bevölkerung ihrer überwiegenden Mehrzahl nach gegen die Frankenwährung war und noch heute ist. Sie hat den wirtschaftlichen Ruin des Saargebietes vollendet, wie sich das heute bei den zahllosen „wilden Streiks“ zeigt, die augenblicklich, geführt ohne Einverständnis und ohne Verbindung mit den großen wirtschaftlichen Vereinigungen, den Wirtschaftsfrieden des Saargebietes erschüttern. In dem Suchen nach den Ursachen dieses wirtschaftlichen Zusammenbruches überzeugen sich auch allmählich diejenigen Kreise, die sich von der Einführung der Frankenwährung ursprünglich Vorteile versprochen, davon, daß die Frankenwährung das schlimmste Uebel für das Wirtschafts-

leben des Saargebietes darstellt, und aus diesem dunklen Empfinden heraus bricht sich die Forderung Bahn:

„Los vom Franken, zurück zur Mark!“

Noch werden die Zusammenhänge, die zwischen dem wirtschaftlichen Chaos im Saargebiet und der Frankenwährung bestehen, nicht klar erkannt, sondern nur dumpf empfunden. Um aber auch allen denjenigen, die diese Zusammenhänge noch nicht deutlich erkennen, einen Anhalt zu geben, hat einer der ersten Sachverständigen des Wirtschaftslebens und genauen Kenner der Verhältnisse im Saargebiet eine gutachtliche Äußerung in dieser Frage verfaßt, die hiermit veröffentlicht wird. Lassen wir die Schrift selbst zu Worte kommen.

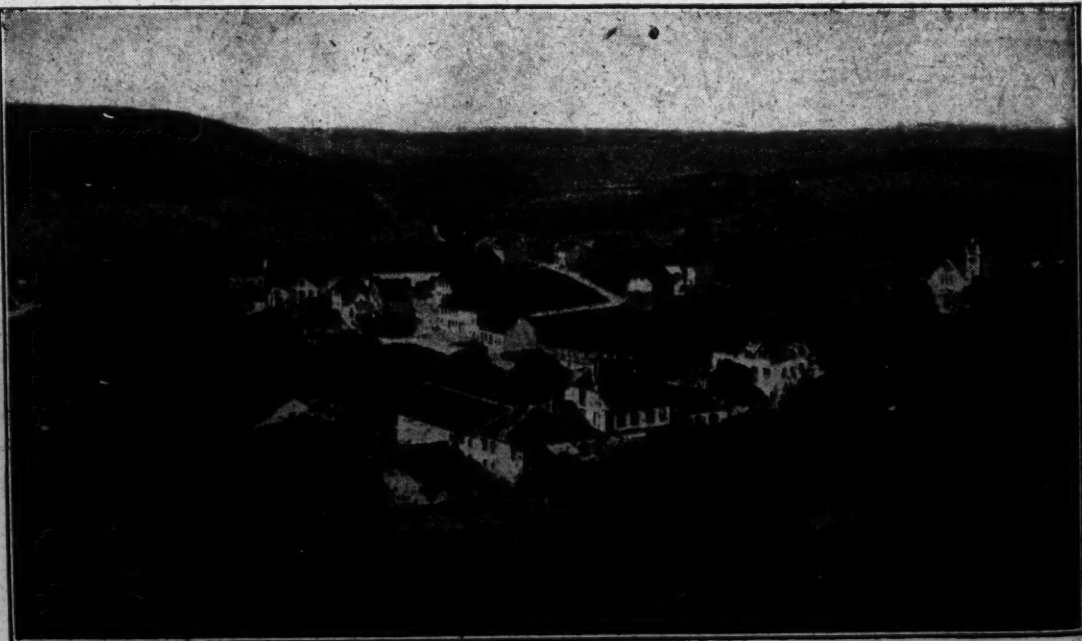
A. Rechtliche Seite der Frage.

Mit dem 1. Mai 1921 ist eine Verordnung der Regierungskommission des Saargebietes in Kraft getreten, wonach die Tarife der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltung auf Franken umgestellt werden und vom gleichen Tage an das Personal in Franken entlohnt wird. Im Zusammenhange damit gewinnen die Bestrebungen unter den übrigen Beamten und unter der Arbeiterschaft erneut an Umfang, für alle Arbeitnehmer die Frankenlöhnung durchzuführen. Es ist daher erforderlich, auf Grund der bisherigen Entwicklung zu untersuchen, ob es im Interesse des Saargebietes und seiner Bewohner liegen würde, auf dem einmal betretenen Wege fortzuschreiten und die Frankenwährung vielleicht sogar gesetzlich einzuführen oder statt dessen nach Kräften auf schleunigen Abbau des Umlaufs der Franken hinzuwirken.

Was die rechtliche Seite anlangt, so kann kein Zweifel sein, daß gesetzliches Zahlungsmittel allein die Mark ist; denn § 32 der Anlage zu Artikel 45—50 des Friedensvertrages bestimmt ausdrücklich in Absatz 1: „Der Umlauf französisches Geldes im Saarbedengebiet unterliegt keinem Verbot und keiner Beschränkung“, und setzt damit voraus, daß nicht die Franken-, sondern die Markwährung gesetzliche Währung ist. Auch der Absatz 2 des erwähnten Paragraphen, durch den der französische Staat das Recht erhält, „sich bei allen Käufen und Zahlungen und bei allen Verträgen über die Ausbeutung der Gruben oder ihrer Nebenanlagen des französischen Geldes zu bedienen“, stützt diese Auffassung, da andernfalls der Absatz überflüssig wäre.

B. Gründe für die Einführung der Frankenwährung.

Von den Befürwortern der Frankenwährung werden zu deren Gunsten vor allem zwei Gründe ins Feld geführt. Einmal sollen aus ihr den Lohnempfängern große Vorteile erwachsen, und weiter soll durch ihre Einführung der Anschluß des Saargebietes an das französische Wirtschaftssystem, der naturnotwendig kommen müsse, erleichtert werden. Was den ersten Grund anlangt, so ist es klar, daß mit dem Franken als solchem, wenn er zum Tageskurs umgerechnet wird, keinerlei Vorteile verbunden sind. Ein Vorteil ergibt sich für den Lohnempfänger vielmehr nur dann, wenn mehr Franken bezahlt werden, als dem Betrage der bisher gezahlten Mark nach dem Kursverhältnis entsprechen würde. In der Tat hat die Regierungskommission verfügt, daß die Löhne nach dem Verhältnis von 1 Frank gleich 3 Mark umgerechnet werden sollen, was bei dem Stand der Mark von Anfang Mai 1921 (1 Mark gleich 20 Centimes) einer Lohnerhöhung von etwa 70 Prozent gleichkommt. Das ist zunächst zweifellos ein Vorteil, der aber, wie die nachstehenden Erörterungen zeigen werden, nur von kurzer Dauer sein kann. Die Umrechnung bei den Verkehrstarifen ist verschieden, von 1 Frank gleich 2,70 Mark bis 1 Frank gleich



Karlsbrunn.

4 Mark, festgesetzt worden, erfolgt aber auch überwiegend zum Satz von 1 Frank gleich 3 Mark. Was den zweiten Grund anlangt, so wird aus dem folgenden erhellen, daß eine wirtschaftliche Umstellung nach Westen für das Saargebiet schwer oder gar nicht durchführbar ist, und daß sie überdies von weiten französischen Kreisen im Interesse ihrer eigenen Industrie stark angefeindet wird.

C. Wirtschaftliche Wirkungen des tatsächlichen Eindringens der Frankenwährung auf

I. Industrie.

Der wichtigste Erwerbszweig des Landes ist die Industrie. Oberster Grundsat bei allen Erwägungen muß daher die Aufrechterhaltung der Betriebe im Interesse der Werke und der Arbeitnehmer sein. Schon jetzt liegt, wie zahlreiche Arbeiterentlassungen und Feierschichten beweisen, das Wirtschaftsleben des Landes schwer danieder, so daß es eine weitere Belastung kaum ertragen kann. Es fragt sich, ob die Vermehrung des Frankenumlaufs eine solche Belastung bedeuten würde. Dabei ist zunächst zu prüfen, ob mit dem weiteren Eindringen des Franken eine Verteuerung der Produktion verbunden ist.

1. Verteuerung der Produktion.

Ein Vergleich mit den Löhnen im übrigen Deutschland zeigt, daß die Löhne im Saargebiet weitaus am höchsten sind. Eine weitere Steigerung ist von der Einführung des Franken unzweifelhaft zu erwarten, da die Arbeiter und Angestellten sich auf die Entlohnung in Franken nur dann einlassen werden, wenn sie ihnen wesentliche Vorteile gegenüber der bisherigen Markentlohnung bringt. Ein lehrreiches Beispiel hierfür bietet die Einführung der Frankentlohnung im Bergbau. Während noch zu Beginn des Sommers 1920 die Löhne und Gehälter sich gegenüber den benachbarten deutschen Gebieten etwa in gleicher Höhe hielten, setzte seit September 1920, wo sich die Entlohnung der Bergarbeiter in Franken zuerst auszuwirken begann, eine starke Lohnsteigerung ein, durch die das Gleichgewicht mit den Löhnen in den benachbarten deutschen Gebieten zuungunsten der saarländischen Industrie empfindlich gestört wurde. Es muß demnach erwartet werden, daß die Arbeiter eine Umrechnung ihrer Bezüge auch in den Privatbetrieben nach dem von der Regierungskommission angenommenen Maßstabe verlangen werden.

Weiter ist durch die bereits eingeführte Umstellung der Eisenbahn- usw. Tarife auf den Franken eine wesentliche Verteuerung der Beförderungskosten und damit der Kosten für den Ankauf und die Heranschaffung der Rohprodukte eingetreten.

Vor allem aber würde die Belieferung der Saarindustrie zu deutschen Inlandspreisen aufhören. Es hat mühevoller Arbeit und unzähliger eindringlicher Verhandlungen seitens der Vertreter der Saarindustrie. — z. B. der weiterverarbeitenden Industrie für Eisen und Stahl, der Holzinteressenten, der Brauereien u. a. m. — bedurft, um die deutschen Außenhandelsstellen davon zu überzeugen, daß die Belieferung zu Inlandspreisen für das Saargebiet eine Lebensfrage bedeutet. Der Hinweis auf die im Saargebiet vorherrschende Marktwährung hat bei diesen Verhandlungen eine ausschlaggebende Rolle gespielt; so hat beispielsweise auch das deutsche Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft als die oberste Zentrale der deutschen Forst- und Holzwirtschaft die Vergünstigung der saarländischen Holzindustrie hauptsächlich deshalb bewilligt, weil diese in ihrer ganzen Geschäftsgebarung, speziell bei ihrem Rohholzeinkaufe, auf der Marktbasis beruht. Je mehr nun der Frank die Mark verdrängt und infolgedessen alle Geschäftszweige sich der Franken als Zahlungsmittel bedienen müssen, um so mehr werden die deutschen Außenhandelsstellen zum Schutze ihrer eigenen Industrie und aus währungspolitischen Erwägungen heraus sich gezwungen fühlen, das Saargebiet in jeder Beziehung als Ausland zu behandeln und damit auch die Vorzugsbelieferung zu deutschen Inlandspreisen aufzuheben. Neben doch schon heute einflußreiche Industrielle einer Belieferung des Saargebiets zu Auslandspreisen immer wieder energisch das Wort und zwar auch mit der Begründung, daß dem Saargebiet durch den Friedensvertrag eine Vorzugsstellung eingeräumt sei. Beispielsweise liegen für einzelne Geschäftszweige, u. a. für Eisenwaren, Belege vor, wonach deutsche Fabrikanten sich für den Fall einer Umstellung der saarländischen Waren auf Frankenverkauf bereits jetzt eine Erhöhung ihrer Preise vorbehalten haben. Es ist unzweifelhaft, daß diese Bestrebungen durch den vermehrten Umlauf des Franken einen kräftigen Impuls bekommen.

Eine Verbilligung der Fabrikation ließe sich auch nicht etwa dadurch bewerkstelligen, daß die saarländische Industrie die von ihr benötigten Hilfsstoffe, Rohstoffe und Halbfabrikate zu Inlandspreisen aus Frankreich oder anderen Ländern bezieht; denn die Einkaufspreise sind dort im allgemeinen noch teurer, als wenn die Waren zu Auslandspreisen aus Deutschland bezogen werden. Aber selbst, wenn aus politischen Gründen seitens der französischen Regierung oder beteiligter französischer Kreise in der Preisfrage ein gewisses Entgegenkommen gezeigt würde, was kaum anzunehmen

ist, wäre der Industrie damit nur teilweise gebient, da sie sehr wesentlich auf die Verwendung solcher Fabrikate angewiesen ist, die nach deutschen Normen hergestellt sind. Es sei dabei erinnert an Reserveteile für maschinelle Anlagen, an eine Reihe von Bearbeitungs- und Maßwerkzeugen sowie an Beschlagteile, Schrauben, elektrische Installationsartikel u. a. m.

2. Erschwerung des Abzuges.

Aus vorstehendem erhellt, daß die Vermehrung des Frankenumlaufs notwendig eine Verteuerung der Industrieprodukte bedingt. Dadurch werden aber die Absatzmöglichkeiten für die Landeserzeugnisse erheblich eingeschränkt.

Der angestammte Markt der Saarindustrie ist Deutschland. Bereits jetzt liegen von allen ihren Zweigen die ernstesten Klagen vor, daß sie nicht mehr in der Lage seien, den Wettbewerb mit der deutschen Industrie auszuhalten, da diese infolge der billigeren und besseren Kohle und der niedrigeren Löhne erheblich billiger arbeite. Beispielsweise stellen sich die Gestehungskosten für eine Tonne Eisen höher als in Rheinland-Westfalen, Zement ist um 74 Prozent teurer als in Deutschland; eine Glashütte an der Saar gibt mehrere Millionen Mark mehr aus für Kohlen als ein gleich großes deutsches Unternehmen. Andererseits erwächst auch seit Beginn des Jahres einer Reihe saarländischer Werke eine neue Konkurrenz auf dem deutschen Markte durch lothringische Werke, die eigene Erzgruben besitzen und infolgedessen, zumal ihre Kokspreise sich erheblich billiger stellen, unter vorteilhafteren Bedingungen ihr Roheisen erblasen; erwähnt sei die Konkurrenz der Lothringer und Luxemburger Hochofenwerke auf dem Gebiete der Luxemburger Gießerei-Roheisen. Hiernach muß eine weitere Verteuerung der Produktion infolge der Frankentlohnung die saarländische Industrie vom deutschen Markte vertreiben.

Aber noch darüber hinaus muß gesagt werden, daß die saarländische Industrie selbst in ihrem eigenen Lande auf das äußerste bedrängt werden würde. Vermag sie sich doch jetzt schon der auswärtigen Konkurrenz auf manchen Gebieten kaum zu erwehren. Z. B. hat erst vor kurzer Zeit die „Administration des Mines Domaniales de la Sarre“ einen großen Auftrag über Förderwagen an eine rechtsrheinische Firma zu Preisen vergeben, die für die in Konkurrenz stehenden saarländischen Firmen außerordentlich verlustbringend gewesen wären. Die Verwaltung der Saarbahnen hat sogar Aufträge über Beschlagteile trotz unwesentlicher Preisunterschiede an nicht saarländische Firmen erteilt. Die in Franken entlohnende und gegen Franken verkaufende Bergwerksdirektion kauft zwei Drittel ihres Holzbedarfs gegen Markzahlung und würde voraussichtlich ihren Bedarf dann insoweit bei der reichsdeutschen Konkurrenz decken. Erwähnt sei weiter noch, daß die saarländischen Brauereien sich der übermächtigen deutschen Konkurrenz nur durch Hinweis auf ihre schwierige Lage und die Marktwährung in dem sogenannten Frankfurt-Wiesbadener Abkommen haben erwehren können, durch das sich die reichsdeutschen Brauereien verpflichtet haben, in das Saargebiet lediglich 70 Prozent des vor dem Kriege dorthin gelieferten Bieres zu versenden. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die saarländischen Bezahler und die auswärtigen Konkurrenten bei einer weiteren erheblichen Preissteigerung aus bloßer Rücksichtnahme auf das „Recht am Leben“ der Saarindustrie ihre eigenen Interessen hintansehen werden.

Ein Schutz der Saarindustrie durch geeignete Maßnahmen wie Schutzölle usw. ist mit Rücksicht auf § 31 der erwähnten Saargebietsanlage zu Artikel 45–50 des Friedensvertrages nur in beschränktem Umfange angängig.

Bei der Frage, ob die saarländische Industrie als Ersatz anderweit, insbesondere in Frankreich ein genügendes Absatzfeld findet, ist zunächst zu erwägen, daß die französischen Werke zum Teil selbst unter erheblichen Absatzschwierigkeiten zu leiden haben, so vor allem solche der weiterverarbeitenden Industrie für Eisen und Stahl. Weiter wird der Absatz nach Frankreich durch die wieder stark in Betrieb genommene lothringische Industrie sowie die unter günstigeren Bedingungen arbeitende belgische und sogar durch reichsdeutsche Konkurrenz beeinträchtigt. Erschwerend wirkt auch die große Unsicherheit darüber, in welchem Umfange die französische Regierung gemäß § 31 Absatz 5 der Saargebietsanlage die Kontingentierung der aus dem Saargebiet ausgeführten Gegenstände, in denen zollfrei aus Deutschland kommende Rohstoffe oder Halbfabrikate enthalten sind, festlegen wird. Man glaube nicht etwa, daß diese Bestimmungen nur auf dem Papier steht; vielmehr ist ihre Anwendung bereits in der französischen Kammer und von der Handelskammer in Metz nachdrücklich gefordert worden, und eine entsprechende Verordnung wird, soviel bekannt, von der französischen Regierung vorbereitet. Auf einzelnen Gebieten ist die Kontingentierung bereits durchgeführt; so dürfen z. B. von den Erzeugnissen der Keramik- und Glasindustrie seit 1. 1. 1921 nur die Durchschnittsmengen der Vorkriegsjahre 1911/13 eingeführt werden.

Hinzu tritt, daß eine Reihe der im Saargebiet erzeugten Waren in Frankreich aus technischen Gründen überhaupt nicht verwertet werden kann. So ist es beispielsweise völlig aus-

geschlossen, daß die nach deutschen Normen arbeitenden saarländischen Schraubenfabriken nach Frankreich — außer Elbschrauben — Schrauben verkaufen können, da in Frankreich das SO-Gewinde ausschließlich üblich ist, während die in Deutschland übliche Schraube nach Whitworth-Gewinde geschnitten wird. Auch die nach deutschen Normen hergestellten Fabrikate der elektrotechnischen Industrie sind bei französischen Anlagen in der Regel nicht verwendbar; gleiches gilt von den Gießereien, die im großen Maße Beschlagteile für den deutschen Waggonbau herstellen. Die dafür benötigten Stahlmatrizen repräsentieren einen ganz erheblichen Teil des gesamten Betriebskapitals und sind für die Fabrikation nach anderen Normvorschriften unverwendbar.

Es muß übrigens nicht nur mit technischen Schwierigkeiten, sondern auch damit gerechnet werden, daß der französische Geschmack in mancher Hinsicht andere Produkte verlangt, als sie bisher nach Deutschland geliefert wurden.

Eine Umstellung der Saarindustrie nach diesen beiden Richtungen wäre freilich möglich; doch würden die Umänderungen der vorhandenen Maschinen, die Einschmelzung und Weiterverarbeitung der lagernden Vorräte und die Neuankerbung der Arbeiter ungeheure Verluste an Geld und Zeit bedeuten.

Schließlich darf nicht vergessen werden, daß das Saargebiet an der Peripherie des französischen Marktes liegt und die saarländischen Waren daher durch die größeren Frachtkosten eine weitere Verteuerung gegenüber den französischen Waren erfahren.

Ein erfolgreicher Wettbewerb der Saarindustrie auf dem Weltmarkt endlich unterliegt im wesentlichen denselben Schwierigkeiten wie ein Export nach Frankreich, und zwar um so mehr, als der Anmarschweg zum Meere ein verhältnismäßig langer ist.

Zusammenfassend muß hiernach gesagt werden, daß für die saarländische Industrie der enge Zusammenhang mit dem deutschen, nicht aber mit dem französischen Wirtschaftskörper Lebensbedingung ist. Die wachsende Verwendung des Franken als Zahlungsmittel würde diesen Zusammenhang zerreißern und damit die gesamte Industrie vor eine schwere Krise stellen, wenn nicht vernichtet. Daß durch diesen Zusammenbruch auch die Angestellten und Arbeiter der Werke stark in Mitleidenschaft gezogen werden, liegt auf der Hand.

Es wäre übrigens verfehlt, anzunehmen, daß mit dem Niedergang der Großindustrie ein Aufblühen des Kleingewerbes verbunden sein würde. Denn abgesehen davon, daß die Produktions- und Absatzschwierigkeiten für den Gewerbetreibenden kaum geringer sein dürften, besteht für ihn viel weniger die Möglichkeit, sich durch Massenabsatz und weitausschauende geschäftliche Dispositionen vor Verlusten zu schützen. Es sei dabei auch auf die späteren Ausführungen unter VI verwiesen.

II. Handel und Verkehr.

Was für die Industrie gesagt ist, trifft im großen und ganzen auch für Handel und Verkehr zu; insonderheit müssen auch sie durch erhöhte Löhne und Tarife unmittelbar in starke Mitleidenschaft gezogen werden. Im einzelnen ist noch auf folgende Umstände besonders hinzuweisen.

Der gesamte saarländische Handel ist zurzeit in erster Linie auf Deutschland eingestellt. So sind bei Eisenwaren, Haus- und Küchengerät, Fahrrädern und Nähmaschinen, Installationsmaterial, Elektrotechnik, Büchern und Papierwaren, Arzneien und Chemikalien sowie Manieren andere als deutsche Waren nur in Ausnahmefällen bekannt und verkäuflich. Bei den übrigen Warenzweigen macht der Bezug aus Deutschland über 90 Prozent des Gesamtverbrauchs aus. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß gerade die für die Lebensführung wichtigsten Gegenstände aus Deutschland bezogen werden; bildet doch u. a. die Versorgung mit deutschem Brotagetreide und Kartoffeln den Grundstock der saarländischen Ernährung. Endlich kann auch ein Teil der Lebensmittelwaren nur durch Vermittlung des mit den saarländischen Bedürfnissen vertrauten deutschen Importeurs bezogen werden. Dagegen ist der Anteil Frankreichs an der Belieferung des Saargebiets nur bei Lebens- und Genussmitteln (Wein, Schokolade, Käse u. a. m.) sowie bei Textilien von größerer Bedeutung. Fertigerwaren valutarstarke Länder, z. B. englische Stoffe oder Strumpfwaren, sind vom saarländischen Markt sogar vollständig verschwunden.

Hiernach ist es Lebensfrage für den saarländischen Handel — und um so mehr, je höher die übrigen Unkosten werden —, seinen Bedarf wie in bisheriger Weise in Deutschland zu decken, falls sich nicht andere gleich billige Quellen erschließen. Seine Belieferung zu deutschen Inlandspreisen würde aber zweifellos aus denselben Gründen wie bei der Industrie mit Einführung der Frankenzahlung aufhören, was sich vor allem bei den Lebensmitteln in höchst bedenklicher Weise bemerkbar machen müßte. Erwähnt sei dabei, daß bei der Lebensmittelknappheit in Deutschland solche Bestrebungen nicht nur von Lieferantenkreisen, sondern von weiten Kreisen der werktätigen Bevölkerung selbst ausgehen, die keinen Grund mehr einsehen, warum die Bevölkerung des Saargebiets, die bei vermehrtem Frankenumlauf noch mehr als bisher ihren Arbeitslohn in Franken bezieht, der Wohlfahrt der

Belieferung mit inländischen Lebensmitteln auf Kosten der deutschen Bevölkerung teilhaftig werden soll; so haben sich beispielsweise schon im Herbst 1920 Eisenbahner der benachbarten deutschen Gebiete geweigert, Kartoffeltransporte für das Saargebiet durchzuführen.

Demgegenüber können Lieferungen aus Frankreich — abgesehen davon, daß sie vielfach von den Lebensgewohnheiten des saarländischen Publikums erheblich abweichen, wie französische Damenwäsche, Arbeiterunterkleidung, Konfektions-, Wirk- und Kurzwaren, schmale französische Schuhe, Haus- und Küchengerät, Bücher u. a. m. — keinen genügend billigen Ersatz bieten. Sind die französischen Waren meist schon an sich teurer, so tritt noch die frachtlisch ungünstige Lage der Bezugsquellen hinzu. Bisher bezog der saarländische Handel seine Ware im Durchschnitt aus der Rheingegend und aus Süddeutschland, also aus einer Frachtdistanz von etwa 200 bis 250 Kilometer. Bei dem Einkauf auf dem französischen Markt ist dagegen, da Paris für den Landesfremden den Mittelpunkt des Wareneinkaufs bildet, mit einer zusätzlichen Frachtdistanz von weiteren 130 bis 180 Kilometern zu rechnen. Auch muß angenommen werden, daß der Preis französischer Waren sich im Saargebiet sogar höher als der innerfranzösische stellen wird. Denn wegen seiner Unkenntnis des Wirtschaftslebens dieses Landes, mangels ausreichender Kenntnisse der Kreditfähigkeit und Sprache des saarländischen Bezieher, wegen Fehlens von Vereinbarungen über Kreditgewährung, Skontoabzüge, Lieferfristen und sonstige Vertragsbedingungen sowie in Anbetracht der Verschiedenheit des deutschen und französischen Rechts wird der französische Kaufmann bei Lieferungen ins Saargebiet mit einer höheren Risikoprämie rechnen als im eigenen Lande.

Aus alledem ergibt sich eine wesentliche Verteuerung sämtlicher Waren. Der Kaufmann steht daher vor der Frage, ob er sein Betriebskapital vergrößern oder seine Läger verkleinern soll. Weiter müssen die Erträge aus Reservekapitalien usw., die in Aktien, Grundbesitz usw. angelegt sind, einem erhöhten Frankenumsatz gegenüber völlig unzureichend erscheinen. Dazu hat der Handel in großem Umfange Lieferverträge abgeschlossen, die auf dem bisher kalkulierten Inlandspreis beruhen; fällt diese Basis, so ist die neuentstehende wirtschaftliche Unsicherheit unübersehbar.

Auf der anderen Seite wird sich die allgemeine Kaufkraft nicht steigern, sondern vermindern. Eine große Reihe, wenn nicht alle Firmen der Industrie werden, wenn sie ihre Konkurrenzfähigkeit nicht völlig verlieren wollen, nicht in der Lage sein, die vollen innerfranzösischen Löhne zu zahlen. Im Saargebiet stünde deshalb einer durch die Frachtdistanzen usw. verteuerten Ware die unter dem französischen Durchschnitt stehende Kaufkraft der saarländischen Bevölkerung entgegen. Weiter schwindet mit der allgemeinen Frankenzahlung die erhöhte Kaufkraft, deren sich bisher die Berg- und Metallarbeiterschaft sowie die sich im Saargebiet aufhaltenden Franzosen erfreuten. Mit der Möglichkeit, mit einem bestimmten Frankeneinkommen in Saarbrücken billiger als in Metz und Straßburg zu leben, fällt aber gerade der Kunde weg, der den saarländischen Warenmarkt über den des übrigen Deutschlands teilweise hinausgehoben hat. Endlich darf nicht vergessen werden, daß eine große Reihe von Personen, die nur ein feststehendes Markteinkommen haben, die Rentner, Pensionäre usw., dann überhaupt keine nennenswerte Kaufkraft mehr besitzen würden.

Aus vorstehendem erhellt, daß der saarländische Handel durch das zunehmende Eindringen des Franken auf das allerhärteste getroffen wird. Geradezu vernichtet werden muß aber der in den Grenzstädten ansässige Kleinhandel. Auf Grund jahrzehntelanger Geschäftsbeziehungen sind Orte wie Mettlach, Merzig, Lebach, St. Wendel, Ottweiler, Neunkirchen und Homburg fast völlig auf die Wirtschaftsverbände, insbesondere auf den Warenabsatz nach dem Hochwald, dem Fürstentum Birkenfeld und der Pfalz angewiesen. Der Pfälzer und der Hochwälder werden aber nicht daran denken, in einer fremden Währung Ware einzukaufen, die in Deutschland billiger zu haben wäre.

Was den Verkehr anbelangt, so steht auch hier den erhöhten Unkosten und Preisen ein vermindertes Geschäft infolge des Rückganges von Industrie und Handel sowie infolge der geringeren Zahlungskraft des Publikums gegenüber. Doch tritt noch ein weiteres ungünstiges Moment hinzu. Das Saargebiet ist zurzeit Durchfuhrland nach Frankreich, Spanien und der Schweiz; viele Waren werden daselbst gelagert und umexpediert. Das muß mit einer wesentlichen Kostensteigerung aufhören, denn der Verkehr sucht sich unweigerlich den billigsten Weg. Infolgedessen würden Lagerungen an die Saargrenze, nach Zweibrücken, Trier, Birkenfeld usw. verlegt und die Waren um das Saargebiet herum bis zur deutschfranzösischen Grenze, Winden, Perl usw., geleitet werden.

III. Pensionäre, Rentner usw.

Sind hiernach die Folgen der Frankenzahlung schon äußerst ernst für Industrie, Handel und Verkehr und damit auch für die Angestellten und Arbeiter dieser Betriebe, so müssen sie geradezu

vernichtend sein für alle diejenigen, die ein festes Mark-Einkommen beziehen, soweit es sich nicht um große Vermögen handelt. Die Rentner, die sich ein kleines Vermögen zusammengespart haben, das in deutschen Kapitalien oder Renten festliegt, die Beamten, Offiziere und Soldaten, die Markpensionen beziehen, die Arbeiter, die ihre Invaliden- und Altersrenten in Mark erhalten, wissen schon jetzt oft kaum, wie sie ihr tägliches Brot bezahlen sollen. Wenn sie ihr geringes Einkommen aber erst zum Tageskurs in Franken umwandeln sollen, um dann die hohen Frankenpreise zu bezahlen, würden die wenigsten von ihnen noch das Existenzminimum besitzen. Auch eine Auswanderung nach Deutschland könnte diesen Unglücklichen nicht helfen. Denn abgesehen von allen ideellen Gesichtspunkten kostet Auswandern ebenfalls viel Geld, das sie nicht besitzen; und eine Untertunft in Deutschland zu finden ist schwer, wenn nicht unmöglich.

IV. Grundbesitz.

In betreff des Grundbesitzes ist zu erwägen, daß bei allen wirtschaftlichen Veränderungen die ländlichen Grundbesitzer am wenigsten hart getroffen werden, da sie die notwendigsten Lebensbedürfnisse selbst gewinnen. Immerhin werden auch sie unter den höheren Löhnen und Tarifen, der Verteuerung der landwirtschaftlichen Geräte, der Kleidung usw. schwer zu leiden haben. Wesentlich ungünstiger stehen sich dagegen die Eigentümer städtischen Grund und Bodens. Neubauten werden nahezu unmöglich sein, was ein erschreckendes Wachsen der Wohnungsnot zur Folge haben wird. Die alten Häuser werden ungeheure Reparaturkosten erfordern oder allmählich verfallen. Einer wirklich genügenden Mietzinserhöhung aber stehen gesetzliche Bestimmungen entgegen; sie würde indes auch ohne solche Gesetze tatsächlich unmöglich sein, da die wenigsten Mieter noch genügende Zahlungskraft besitzen.

V. Geld- und Kreditinstitute.

Endlich würden auch die unentbehrlichen Vermittler des modernen Wirtschaftslebens, die Geld- und Kreditinstitute, durch den vermehrten Frankenumlauf stark erschüttert werden. Werden sie schon von den Lohn- und Tarifierhöhungen schwer getroffen, so liegt doch die Hauptgefahr in einem anderen Moment. Während auf der einen Seite viele Personen ihre Kapitalien werden angreifen und deshalb ihre Guthaben zurückziehen müssen, wird andererseits zur Aufrechterhaltung der Betriebe der Bedarf an Kreditgewährung erheblich wachsen. Ob die im Saargebiet anfallenden kleineren und größeren Institute diesen Anforderungen werden nachkommen können, muß zum mindesten als äußerst fraglich bezeichnet werden, zumal die Kredite schon jetzt stark angespannt sind.

VI. Alle Schichten der Bevölkerung.

Was die Allgemeinheit anbelangt, so geht aus den obigen Ausführungen klar hervor, daß die Vermehrung des Frankenumlaufs die Preise für alle Lebensbedürfnisse des Landes — wenn auch nicht mit einem Schlage, so doch nach kurzer Zeit — erheblich verteuern und damit arm und reich gleich schwer treffen muß. Es ist jedoch noch auf zwei weitere Umstände hinzuweisen, die eine große Gefahr für die gesamte Bevölkerung in sich tragen.

Die Regierungskommission hat erklärt, sie hoffe, das zur Bezahlung der neuen Frankentlöhne erforderliche Geld durch Einführung des Frankentarifs bei Eisenbahn und Post zu erhalten. Das ist eine Rechnung, die man nicht versteht; denn Eisenbahn und Post wirtschaften auch im Saargebiet mit Verlust. Bei der eingetretenen Verteuerung wird sich die Benutzung dieser Verkehrsanstalten aber nicht heben, sondern vermindern. Die Regierung wird daher zur Deckung der Unkosten auf ihren stärksten Einnahmeposten, die Kohlensteuer, zurückgreifen müssen. Aber auch dieser Posten reicht nicht aus, denn er wird von dem riesigen Verwaltungsapparat, den das Saargebiet bekommen hat, verschlungen. Nennenswerte Zolleinnahmen sind infolge der mehrfach angezogenen Bestimmung des § 31 der Saargebietsanlage nicht vorhanden, jedenfalls keine Ueberschüsse. So wird dem Staat — wenn nicht schon jetzt, so doch jedenfalls bei Einführung weiterer Frankentlöhnungen — voraussichtlich nichts anderes übrig bleiben, als alle Steuern in Franken zu erheben und höchstwahrscheinlich auch noch neue Steuern einzuführen. Daß die Kommunen diesem Beispiel sehr bald folgen würden, dürfte zweifellos sein.

Sehr ernst muß ferner die anhaltende Unsicherheit angesehen werden, die sich aus dem jeweils wechselnden Kurse des Franken ergibt. Jeder Geschäfts- und Privatmann hat ein vitales Interesse daran, genau zu wissen, über wieviel Geld er verfügen kann. Wenn aber im Lande zwei Währungen, deren Verhältnis zueinander sich ständig verschiebt, umlaufen, ist eine Gewißheit über die Höhe und Kaufkraft der jeweiligen Kapitalien und Einnahmen nicht zu erzielen. Alle auf Umsatz gerichteten Geschäfte müßten daher, um das Valutarisiko auszuschalten, gleichzeitig mit einem Deckungsgeschäft verbunden werden, was nicht immer ausführbar und jedenfalls mit hohen Kosten verknüpft sein würde.

Zur Befriedigung der täglichen Lebensbedürfnisse weiter würde jedermann gezwungen sein, dauernd Bestände beider Währungen zu halten. Die Folge wäre, daß alle Schichten der Bevölkerung fortgesetzt die kompliziertesten Valutarechnungen anstellen müßten, die den wenigsten geläufig sein und in den meisten Fällen zu Verlusten führen werden. Uebrigens würde auch die jetzt schon stark vorhandene Spekulation einen Umfang annehmen, der in jeder Hinsicht als äußerst bedenklich bezeichnet werden muß.

D. Wirkungen einer gesetzlichen Einführung der Frankentwährung.

Die vorstehenden Erörterungen sind immer nur von einer allmählichen tatsächlichen Einführung der Frankentwährung unter Wahrung der Mark als des gesetzlichen Zahlungsmittels ausgegangen. Dabei wurde angenommen, daß in Verfolg der bisherigen Entwicklung, bald durch Verordnungen der Regierung, bald durch Lohnerhöhungen u. a. m., nach und nach auf allen Gebieten die Frankenzahlung durchgeführt werde mit dem Erfolg, daß die Markwährung schließlich von der Frankentwährung verdrängt wird. Eine wesentliche Verschärfung der Lage würde aber noch eintreten, wenn die Regierungskommission eines Tages, um der Entwicklung vorzugreifen oder um bestehende Tatsachen zu legalisieren, die Einführung des Franken als des gesetzlichen Zahlungsmittels verfügte.

Eine solche Verordnung hätte zur Folge, daß alle Schuldverhältnisse, die ihren Sitz im Saargebiet haben, nunmehr in Franken zu erfüllen wären. Da aber ein Schuldverhältnis seinen Sitz regelmäßig am Wohnsitz des Schuldners hat, so würde dies bedeuten, daß die Einwohner des Saargebiets ihre wäudiger, wenigstens soweit diese im eigenen Lande wohnen, überwiegend in Franken bezahlen müßten, während sie von ihren Schuldnern, soweit sie in Deutschland wohnen, nach wie vor nur die schlechte Mark erhielten. Die Bilanz ihres Vermögens würde sich mithin in stärkster Weise nach der Passivseite verschieben.

Die sich daraus ergebenden Folgen mögen an dem besonders klaren Beispiel einer öffentlichen Sparkasse erläutert werden. Die Sparkasse müßte ihren Einlegern statt der eingelegten Mark einen Betrag in Franken zurückzahlen, der nach dem von der Regierungskommission angenommenen Verhältnis sich nach dem Satz von 1 Mark = $\frac{1}{2}$ Franken errechnen würde. Soweit sie ihre Gelder im Saargebiet beispielsweise hypothekarisch angelegt hat, würde sie freilich von den Hypothekenschuldnern ebenfalls einen höheren Betrag in Franken eintreiben. Eine schwere Belastung der Grundstückeigentümer könnte leicht die Folge sein, da es zweifelhaft ist, ob die Bodenpreise dem erhöhten Wert der Zahlungseinheit entsprechend alsbald steigen. Sie würde um so drückender wirken, als die Sparkasse, um die Einleger zu befriedigen, in sehr weitem Umfang zu Kündigungen ihrer Hypothekenforderungen innerhalb des Saargebietes schreiten müßte. Schließlich aber ist doch nur ein Teil der Sparkassengelder innerhalb des Saargebietes hypothekarisch usw. angelegt. Ueberwiegend wird die Anlage in Hypotheken außerhalb des Saargebietes, in Reichsanleihe, in Schuldbuchforderungen, in Schatzanweisungen oder ähnlichen Werten erfolgt sein. Alle diese Werte lauten auf Mark; die Zinsen, die Rückzahlungsbeträge und die durch den Verkauf zu erzielenden Erlöse sind ausschließlich in Mark zahlbar. Die Mark hat aber auch nach dem derzeitigen Kurse nur etwa den fünften Teil des Wertes eines Franken. Der Eintritt der Zahlungsfähigkeit der Sparkasse ist unter diesen Umständen wohl kaum zu vermeiden. Eine wirtschaftliche Katastrophe, welche insbesondere die Arbeiterschaft treffen würde, wäre die unausweichliche Folge.

Auch auf laufende Dienst- wie Lieferungsverträge würde die gesetzliche Umwandlung der Währung einen tiefgreifenden Einfluß ausüben. Allerdings sind in einer Reihe von Lieferungsverträgen Währungsvorbehalte gemacht worden. Doch ist von dieser Uebung in letzter Zeit Abstand genommen worden, da an der Beibehaltung der Währungsklausel eine Reihe von Verträgen zu scheitern drohten und tatsächlich auch gescheitert sind. Bemerkenswert ist ein Fall, in dem sich ein französischer Käufer ausdrücklich das Recht vorbehalten hat, vom Vertrage zurückzutreten, wenn im Saargebiet allgemein die Frankentwährung zur Einführung kommen sollte. Ein Teil wird daher durch die Frankenzahlung jedenfalls aufs schwerste geschädigt werden und unter allen Umständen versuchen, von dem Vertrage loszukommen. Die Folge wird eine erschreckende Rechtsunsicherheit sein, denn kein Mensch kann vorher sagen, inwieweit die Gerichte — selbst die Anwendung eines einheitlichen Grundsatzes — der veränderten wirtschaftlichen Lage im einzelnen Fall unter Berücksichtigung der jedesmal vorliegenden Begleitumstände Rechnung tragen werden. Damit aber ist dem geordneten Geschäftsverkehr eine seiner Hauptgrundlagen entzogen.

E. Zusammenfassung.

Fassen wir die vorstehenden Betrachtungen zusammen, so ergibt sich aus der Einführung der Frankentwährung im Saargebiet folgendes Resultat:

Die billige Einfuhr aller Waren, vor allem auch der Lebensmittel, aus Deutschland zu Inlandspreisen hört auf; es kommen nur noch Auslandspreise zum Anlag. Entsprechender Ersatz aus anderen Ländern ist nicht vorhanden. Sämtliche Betriebe der Industrie, des Handels und Verkehrs werden mit erheblichen Mehrkosten belastet; die Produkte des Landes werden wesentlich verteuert. Damit entfällt jede Absatzmöglichkeit in Deutschland, ohne daß sich andere Absatzgebiete erschließen; insbesondere kommt eine Ausfuhr nach Frankreich aus technischen Gründen und wegen des Widerstandes der französischen Industrie nicht in Frage.

Die vorhandenen Marktkapitalien und Renten gehen auf einen geringen Bruchteil ihres Wertes zurück. Die Geld- und Kreditinstitute werden in ihren Grundlagen erschüttert. Mit der Einführung neuer Steuern, sowie mit Zahlung sämtlicher Steuern in Franken ist zu rechnen. Eine weitgehende Unsicherheit im Wirtschafts- und Rechtsleben greift Platz.

Mit der Anpassung der Preise an die Frankenwährung entfällt zunächst in Kürze das Hauptargument für ihre Einführung, daß nämlich die Arbeitnehmer infolge der höheren Löhne besser gestellt sind als früher. Darüber hinaus werden aber die meisten Betriebe infolge des unrentablen Arbeitens und der Absatzschwierigkeiten in großem Umfange zu Arbeiterentlassungen gezwungen sein, so daß viele Arbeitnehmer überhaupt nichts mehr verdienen. Woher dann das Land Geld nehmen soll, um die vielen Arbeitslosen und sonstigen vernichteten Existenzen zu erhalten, ist unerfindlich.

Es kann daher mit Fug und Recht gesagt werden, daß die Frankenwährung für das Saargebiet nichts anderes ist als eine große schön schillernde Seifenblase, die kurze Zeit fliegt und dann in ein Nichts zerplatzt.

Die Glas- und Keramindustrie des Saargebiets.

Von Dr. Göhe.

Wie über die Entstehung des Glases Märchen erzählt werden, so sind über die Anfänge der Glasindustrie in allen Teilen unseres Vaterlandes, in denen heute Glashütten bestehen, Erzählungen — mehr oder minder der Wahrheit nahekommend — im Umlauf. Das gilt auch für die Glasindustrie im Saartal.

Die Glasindustrie ist in Deutschland schon im Mittelalter heimisch gewesen. In den großen Wäldern — dem Schwarzwald, Thüringen, Bayerischen und Böhmer Wald — ist sie als Pionier der Kultur eingedrungen, da sie in ihnen das notwendige Brennmaterial sowie auch meist die sonst noch benötigten Rohmaterialien fand.

Die Fürsten als Besitzer der großen Wäldungen begünstigten das Aufkommen von Glashütten, da sie eine bessere Verwertung ihres Holzes durch die Steuerlasten erzielten, die die Hütten aufzubringen hatten.

Auch im Saartal ging die Entwicklung diesen Gang. Die älteste Glashütte ist 1590 in Merlebach erbaut. Andere folgten, teils vom Grafen von Nassau-Saarbrücken, teils von Privatleuten mit ihrer Erlaubnis errichtet. Im 18. Jahrhundert entstanden die Glashütten von Kreuzwald, Karlsbrunn, Friedrichstal. Diese Hütten wurden alle noch mit Holzfeuerung betrieben; 1724 ist die erste sogenannte „Kohlglas-hütte“ errichtet worden, in der statt des Holzes die Steinkohle als Feuerungsmittel zur Anwendung kam. Diese Betriebsart ist von diesem Zeitpunkt ab allgemein angewendet worden. Im 19. Jahrhundert sind eine Reihe neuer Hütten entstanden, alte Hütten sind verschwunden, besonders diejenigen, die fern von den Kohlengruben und damit von dem modernen Verkehrsmittel, der Eisenbahn, lagen.

Heute blüht die Glasindustrie auf der rechten Seite der Saar im Saarkohlenbecken, einzelne Hütten liegen auch auf der nach Lothringen zu gelegenen Seite.

In der benachbarten bayerischen Pfalz hat sich St. Ingbert in der neuesten Zeit ebenfalls als eine bedeutende Betriebsstätte für die Glasindustrie entwickelt.

Im Saargebiet sind gegenwärtig folgende Gewerbszweige der Glasindustrie vertreten: die Flaschen-, Hohlglas- und Tafelglasindustrie. Unter diesen nimmt die Tafelglasindustrie die bedeutendste Stelle ein. In Deutschland hat man folgende Betriebszentren für die Glasindustrie zu unterscheiden: Bayern (bayerischer Wald und Oberpfalz, böhmisches Kohlengebiet), Saar, Rheinland und Westfalen (Ruhrkohle und linksrheinische Braunkohle), Sachsen (böhmisches Kohlengebiet), Lausitz (Kohlbraunkohlengebiet), Schlesien (Niederschlesien, Kohlbraunkohlengebiet der Lausitz), Oberschlesien

(oberschlesisches Steinkohlengebiet), Thüringen (mitteldeutsches Braunkohlengebiet).

Aus den Beifügungen der Kohlengebiete ergibt sich sofort das Bild der Entwicklung der deutschen Glasindustrie. Die Entwicklungstendenzen gingen schon in den letzten Jahren immer mehr auf eine Vergrößerung der Werke hinaus, die unmittelbar neben den Kohlengruben liegen.

Die Produktionsbedingungen der Glasindustrie sind gerade in dieser Beziehung durchaus günstig zu bezeichnen. Ihre Lage zur Feuerung, dem Lebenselement einer jeden Glashütte, sichert ihr die bestmöglichen Produktionsbedingungen zu. Der Hauptfaktor für die Glasindustrie ist stets das Feuerungsmaterial. In einer Zeit angespanntester Konkurrenz ist für die Rentabilität eines jeden Wertes die Frage der Kohlenlieferung der wichtigste Faktor mit. Man kann die durch die Lage billige und gesicherte Lieferung der Kohle bei jedem Konkurrenzkampf daher als einen Vorprung mit in Rechnung setzen. Die Richtigkeit dieser Behauptung läßt sich gerade für die Saarglasindustrie an vielen Beispielen nachweisen; dies würde jedoch im Rahmen dieser Ausführungen zu weit führen.

Die Bezugsquellen der anderen Rohmaterialien der Saar-Glasindustrie — Sulfat, Soda, Sand, Kalk — liegen ebenfalls günstig, zum Teil sind Sand und Kalk aus Frankreich auf dem Saar-Marnekanal bezogen worden.

Die Vorteile der Lage der Glasindustrie zur Kohle und den sonstigen Rohmaterialien einerseits, die Enge des Industriegebietes andererseits hat dazu beigetragen, daß sich neben der eigentlichen Schwerindustrie unseres südwestdeutschen Industriebezirks auch die verhältnismäßig wenigen Glasindustriebetriebe zu Großbetrieben entwickelt haben — wenn man überhaupt von Großbetrieben im landläufigen Sinne des Wortes innerhalb der Glasindustrie sprechen kann.

In den die Zahl 10 nicht erreichenden Betrieben haben im Jahre 1913 über 3000 Arbeiter Lohn und Brot gefunden; über 4 Millionen Mark Löhne sind gezahlt worden. Ein zahlenmäßiger Vergleich mit der Gesamtglasindustrie, die im Jahre 1913 in über 1000 Betrieben fast 100 000 Arbeiter beschäftigte und in denen fast 160 Millionen Mark an Löhnen gezahlt worden sind, würde der wirtschaftlichen Bedeutung der Saarglasindustrie nicht Rechnung tragen, da sich über 50 Prozent der Betriebe innerhalb der Glasindustrie als Kleinbetriebe der Glas verarbeitenden Industrie darstellen.

Das gleiche gilt auch für einen Vergleich der Erzeugungsziffern der Saar zu der Gesamterzeugung der Gesamtglasindustrie.

Die Tafelglasindustrie der Saar hat im Frieden eine Erzeugung von monatlich ungefähr 300 000 Quadratmeter nachgewiesen, die Gesamterzeugung an Tafelglas hat demgegenüber über 1 600 000 Quadratmeter betragen.

Die Flaschenindustrie hat ungefähr 50 000 000 Flaschen jährlich gegenüber einer deutschen Gesamterzeugung von 560 000 000 Flaschen erzeugt.

Die Hohlglasindustrie hat einen jährlichen Umsatz von 3 Millionen Mark erzielt, gegenüber einer deutschen Gesamterzeugung der Hohlglasindustrie von 120 000 000 M.

An dem ungeheuren Aufschwung, den die Glasindustrie in den letzten fünfzig Jahren genommen hat, der jedenfalls die Glasindustrie weitergebracht hat als die Entwicklung der vorherigen Jahrhunderte, hat gerade die Glasindustrie der Saar einen bedeutenden Anteil.

Neben der Schwerindustrie der Saar hat sich auch eine Schwerindustrie der Glasindustrie entwickelt. Hüttenwerke sind entstanden, die allen modernen Anforderungen der sozialen Hygiene und Technik entsprechen. Sowohl auf dem Gebiete der Feuerungstechnik als überhaupt der Glashütten-technik sind die Glashütten der Saar als Vorkämpfer neuer technischer Ideen aufgetreten, an deren Verwirklichung sie zum Vorteil der gesamten Industrie den größten Anteil haben.

Hand in Hand mit den Fortschritten auf technischem Gebiete gingen auch die Fortschritte der Erzeugung eines wirklichen Qualitätsglases. Mit diesen haben sich die Glashütten der Saar einen anerkannten Ruf im In- und Ausland erworben.

Der Herstellung des Hohlglases für die Uhrenglasindustrie Lothringens, des Wirtschaftsglases und des Bleitristallglases — Konkurrenzen der französischen und belgischen Hohlglashütten — der Tafelglasindustrie mit ihren Spezialitäten — in Sonderheit für die Uhrenindustrie des Schwarzwaldes — muß besonders gedacht werden.

Das Absatzgebiet der Saarglasindustrie geht weit über das Saargebiet hinaus, nicht allein das Rheinland und die Pfalz, die unmittelbaren Nachbarn sind die natürlichen

Abnehmer gewesen, sondern ganz Süd- und Westdeutschland, einschließlich natürlich von Elßaß-Lothringen.

Als Ausfuhrländer sind hauptsächlich die Schweiz und Holland in Betracht gekommen. Belgien scheidet aus, da es selbst eine Glasindustrie besitzt, die auf Grund günstiger Erzeugungsbedingungen gearbeitet hat und stets eine erhebliche Ausfuhrindustrie gewesen ist. Die Ausfuhr nach Frankreich ist unbedeutend gewesen, kein Wunder bei den Sympathien, die die Franzosen den Saardeutschen stets entgegengebracht haben.

Die keramische Industrie, deren wirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen wie besonders im Saartale eine ähnliche wie die der Glasindustrie gewesen ist, hat ebenfalls im Saargebiet Betriebsstätten ganz hervorragender Bedeutung.

Fliesen und Wandplatten, Mosaik, Luxusporzellan, Gebrauchsporzellan, Steingutgebrauchsgegenstände, Tonwaren und Röhren sowie Terrakotten werden hergestellt.

Auch für die keramische Saarindustrie gibt ein zahlenmäßiger Vergleich der Erzeugungsziffern ein Bild, das für die Beurteilung schief wirken muß. Die Gesamtjahreserzeugung wird man mit gegenwärtig 50 Millionen nicht unterschätzen dürfen.

Gerade für die keramische Industrie der Saar gilt noch mehr als für die Glasindustrie, daß sie ihren Absatz im gesamten Deutschland gesunden hat.

Die wirtschaftliche Abtrennung der Saar vom deutschen Wirtschaftsgebiet muß daher für die Glas- und keramische Industrie die schwerwiegendsten Folgen mit sich bringen.

Frankreich und seine Verbündeten haben nicht nur kein Interesse an einem Blühen und Gedeihen der deutschen Glas- und keramischen Industrien, sondern werden nichts unversucht lassen, um die deutschen Industrien des Saartals zu vernichten, eine Konkurrenz auszuschalten, die vielleicht in der Lage wäre, an dem wirtschaftlichen Aufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten, Gegenwerte für die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen zu schaffen, um unserer deutschen Arbeiterschaft Brot und Arbeit zu verschaffen.

Saar-Stimmungsbilder in Versen.

Nachstehende Verse werden uns von bekannter Seite zur Verfügung gestellt, und wir geben sie gern wieder als ein getreues Spiegelbild des nicht ins Wanken zu bringenden Geistes der saar-deutschen Bevölkerung:

Des großen Ringens Würfel sind gefallen!
Sie schufen unserm Land ein Sonderlos,
Als ein Juwel ward es getrennt von allen,
Gerissen aus der Deutschen Mutter Schoß!
Zu einem Keuling wird es umgestaltet,
Wie vordem war noch keiner auf der Welt,
Darin der Völkerbund als Vormund waltet,
Der sich auf 15 Jahre eingestellt!
Mutter Germania, unsere treue Liebe
So stolz und herrlich einst, doch heut so arm,
Wie bliebenste, die mächtig starken Triebe
Der heißen treuen Mutterliebe, warm!
Die schwarzen Diamanten sind verpfändet,
Des Saarlands höchster Stolz und schönste Zier,
Das sorgenfreie Dasein hat geendet
In unserm einzig schönen Saarrevier! —
Kopf hoch und gradeaus den Blick gerichtet!
Verzagtheit ziemt Saarbrücker Bürgern nicht,
Das herbe Schicksal hat uns nicht vernichtet,
Wir kennen Alt-Saarbrücker Bürgerpflicht!
Mit Kraft und Mut entschlossen sehn entgegen
Dem Kampf ums Dasein wir im eignen Staat,
Mit Lust und Liebe froh und freundlich regen
Wir Kopf und Hände zur bewußten Tat!
So wird das junge Saarland rasch gedeihen,
Wird ringen bald sich wohl aus aller Not,
Germania wird ihm ihren Beistand leihen,
Deutsch bleibt's ja doch, das walte Gott!

Beißender Spott und launiger Humor spricht aus folgenden Saarbrücker Versen:

Der Franke der war friehjer
Nur achtzig Pennig wert,
Doch heit, do is das annerschd,
Do is Er sehr begehrt.

Bis jeke han wir amwer
Uns ni bodraus gemacht,
Es lacht jo doch am Belsche
Der wo am Belsche lacht.

Wie is doch unser Deitschland
So arm un imwel draan,
Verriß un ganz geknewwelt
Daß's kaum sich reeje kann.

Un doch, gebd's manche Beller
Die han noch schwer Reschbedt,
Sie wisse, daß es rabbelt,
Wann sich de Michel redt.

Jetzt stehn sogar die Turner
Noch unner der Kontroll,
Bun ihrem Exerziere
Hat m'r die Naase voll.

Un gebd noch meh gehehelt
Un gebd noch meh geheht,
Es is das leischde Wertche
Doch lang noch nit geschwächt.

Do neilich mußt mer heere,
Daß hie aus unserm Land
Sich Hunnerdsuffzig Dausend
Zu Frankreich hin bekannt.

Ken Minsch wääß dowun ebbes,
Wo in Saabriga wohnt,
Die Hunnerdsuffzig Dausend,
Die läawe uff'm Mond.

Mir sin doch immerall hie
In Dorf un Stadt verkehrt,
Mir han vun dere Bittschrist
Doch nirjens nix geheert.

Mir kinne uns beherrsche,
Das is doch jedem klaar,
Mir sin un wille bleiwe
Nur deitsch hie an der Saar.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

„Saar-Verein“, Ortsgruppe Essen-Borbeck. Am 31. Juli hielt die Ortsgruppe eine außerordentliche Versammlung ab, in der neben verschiedenen anderen Punkten in erster Linie zu dem ungeheuerlichen Betrug am Saargebiet Stellung genommen wurde. Die zahlreich erschienenen Mitglieder und Freunde des Saargebietes faßten einmütig folgende Entschließung:

„Die heutige außerordentliche Versammlung des Saarvereins Essen-Borbeck, die von sämtlichen Mitgliedern besucht ist, nimmt Kenntnis von dem ungeheuerlichen Betrug, der seitens der Franzosen bei den Friedensverhandlungen mit der angeblichen Adresse der 150 000 Franzosen aus dem Saargebiet verübt worden ist, die die Wiedervereinigung des Landes mit Frankreich ersehen. Diese schändliche Lüge, deren furchtbare Folgen unsere Eltern und Geschwister zu tragen haben, bestimmt uns, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß diese unerhörte Fälschung in der ganzen Welt bekannt wird. Diese schändliche Lüge bestimmt uns weiter, die deutschen Reichs- und Staatsbehörden dringend zu ersuchen, alles zu tun, was hier zur Rettung getan werden kann. Als aufrechte, ganze Deutsche fordern wir Aufklärung dieser dunklen Machenschaften und sehen hierin die Grundlage für die in der bestimmtesten Form zu fordernde Revision der Versailler Friedensbestimmungen über das Saargebiet.“

Deutsche Treue in Briefen aus dem Saargebiet.

Denkt Ihr dort im unbesehten Vaterland um Gotteswillen nicht, daß wir hier im Saargebiet abtrünnig würden. Mag der Franzose auch alle Verführungskünste spielen lassen und mag er alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel noch so geschickt ausnützen, wir lassen uns nicht betören. Wir wissen, daß uns aus dem Westen das Heil nicht kommen kann. . . .

... Aus dem Briefe eines Turners, der kürzlich an einer Turnveranstaltung im Saargebiet teilnahm, entnehmen wir: ... Wir haben gesehen, in welcher Weise das Deutschtum in

Saarbrücken vertreten und hochgehalten wird. Das hat uns wohlgetan, das hat uns in der Ueberzeugung gefestigt, daß es dort in Saarbrücken noch immer trotz aller Drangsale eine kerndeutsche Bevölkerung gibt, die uns das schöne Rheinlied nicht vergessen lassen will: „Lieb Vaterland magst ruhig sein.“ — Wie ist es doch so herzerquickend in dieser tieftraurigen Zeit, solches wahrnehmen zu können. Habt tausend Dank, Ihr kreundeutschen Brüder am wetterfesten Strand der Saar. Ihr zeigt uns den Weg, den wir alle zu gehen haben und den wir alle gehen werden, komme was da mag.

Brief aus dem Saargebiet.

Angehörige aus dem Saargebiet findet man in allen Teilen Deutschlands. Umgekehrt gibt es im Saargebiet zahlreiche Angehörige sämtlicher deutschen Staaten und Volksstämme. Nicht allein in der Beamten- und Geschäftswelt, sondern vor allem auch in Arbeiter- und Handwerkerkreisen. Das ganze Jahr hindurch reisen Angehörige hin und her. Sie bedauern alle nur die veränderten Verhältnisse und wünschen die alte Zusammengehörigkeit.

Eine selbstverständliche Feststellung. Unter den heutigen Umständen ist der übliche Verkehr und das gegenseitige Besuchen zwischen Angehörigen im Saargebiet und im übrigen Deutschland ungemein erschwert. Nicht durch Ein- und Ausreisewarnungen wie früher, sondern mehr infolge der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Zustände. Die deutschen Saargebietseinwohner möchten als deutsche Reichsangehörige ungehinderten und freien Verkehr in Wort, Schrift und Handel mit dem Mutterlande haben. Das ist in mancher Hinsicht aber geradezu unmöglich geworden.

Das ganze Saargebiet hatte während des Krieges als geschlossenes Industrie- und Kohlengebiet, nahe der Grenze, sowie als Aufmarschgebiet begreiflicherweise an Ernährungsschwierigkeiten und Fliegerunruhen viel zu leiden. Daß da im allgemeinen die Bevölkerung wie überall nach der Revolution auf bessere Tage hoffte und daran glaubte, ist menschlich verständlich. Dafür hatte der Krieg mit seiner langen Dauer und harten Not die Stimmung vorbereitet. Nach dem Einzug der Franzosen wurde die Lebenslage für die Bergleute besser gestaltet, nicht aber für die übrige Bevölkerung. Die französische Besatzung suchte sich durch Fühlungnahme mit den Vertrauensleuten der Bergarbeiter deren Zuneigung zu erwerben. Doch die Franzosen hatten damit kein Glück. Im Frühjahr 1919 traten die Saarbergleute trotz drohender starrer Bajonette in einen erbitterten Streik ein. Sie waren die ersten, die während der französischen Besatzungszeit dem französischen Militarismus trosteten. Und die Saarbergleute werden die zahlreichen Ausweisungen und Verhaftungen von damals nie vergessen. Zu dieser Zeit und während der Oktoberunruhen 1919 wurden Tausende von Arbeitern verhaftet und ausgewiesen oder zu schweren Strafen seitens der französischen Militärgerichte verurteilt. Wenn später sehr viele Ausweisungen wieder aufgehoben und manche Strafen erlassen oder gemildert wurden, so vermögen alle diese „Gnadensakte“ doch den tiefen Stachel der Gewaltpolitik nicht auszulöschen. Immer weisen alle Kreise darauf hin, daß Ausweisungen und Bestrafungen erfolgten, ohne die Betroffenen zur Rechtfertigung oder nur zur Äußerung gehört zu haben. Darin liegt auch heute für das Saargebiet noch immer die empfindlichste Rechtlosigkeit. Während der Arbeiter früher seine Vertreter bis zu den höchsten Regierungsstellen und in die Parlamente entsenden konnte, hat er heute nirgends mehr mitbestimmende Gewichte. In dieser Hinsicht hat das Saargebiet eine ausgesprochene despotische Staatsgewalt. Einen Friedensvertrag wie diesen von Versailles so raffiniert eindeutig und rechtlos für den Schwächeren und so dehnbar und zweideutig für den Stärkeren auszuarbeiten, hätten die Deutschen niemals fertiggebracht. Dazu bedarf es einer ausgeklügelten Advokatenregierung.

Wir sind verkauft! So hört man gar oft im Saargebiet sagen. Man klagt über das französische Spitzelwesen, wovor man sich nirgends sicher fühle. Das ist richtig. Zur Zeit des Bergarbeiterstreiks im Frühjahr 1919 im Saargebiet wunderten sich die Franzosen darüber, daß so was passieren könne ohne vorheriges Wissen der Bergverwaltung. In Frankreich gebe es so etwas nicht, erklärten französische Ingenieure. Dort würden besondere Spione unterhalten und gut bezahlt werden. Sie würden die interessierten Stellen über alles rechtzeitig und genau unterrichten.

Seit die Franzosen im Saargebiet sind, haben die Saargebietseinwohner dauernd das Gefühl, überall beobachtet und ausgehört zu werden. Leider schon nicht mehr allein von Franzosen, sondern es gibt auch Judasse,

die um des Geldes oder irgendeines Vorteils wegen Verrat an eigenen Landsleuten oder gar Berufskollegen üben. Wie sehr heute der Materialismus manche Menschen beherrscht, geht aus einem Wunsche eines in einem Lokale getanen Ausspruches: „Würden sich die Rechtsrheinischen nur einmal wieder die Köpfe blutig schlagen, damit der Franken wieder in die Höhe ginge!“ zur Genüge hervor.

Die Saargebietseinwohner, die Franken beziehen, haben bei dem heutigen Valutastand gewiß erhebliche wirtschaftliche Vorteile. Sie haben gegen sonst reichlicheres Auskommen. Aber dennoch klagt alles. Die Bergarbeiter insbesondere betonen, daß sie der früheren Mitbestimmungsrechte in allen Fragen gänzlich beraubt seien. Es bleibt ihnen nichts übrig, als das ihnen Gewährte hinzunehmen. Am schlimmsten sind und bleiben einstweilen naturgemäß alle Markempfinger dran. Sie sehen dauernd das üppige Prasserleben großer Volkstreife und haben nur das zehrende Zusehen.

Und trotz allem bleiben wir, was wir sind und waren: deutsch.

Anfragen und Antworten.

Bergmann W. in Anna. Die Kohlenbergwerke des Saarreviers befinden sich zum größten Teil in den Kreisen Saarbrücken, Saarlouis und Ottweiler. Diese Kreise kamen durch den zweiten Pariser Frieden 1815 endgültig unter preussische Staatshoheit. Vor dieser Zeit kann von einer systematischen Ausbeutung der Kohlenfunde überhaupt nicht gesprochen werden. Saarlouis hat von 1697—1815, Saarbrücken von 1801—1815 völlerrechtlich zu Frankreich gehört. Ludwig XIV. und Napoleon I. haben diese Zugehörigkeit erzwungen. Politisch betrachtet bedeutet diese Tatsache, daß während der erzwungenen Zugehörigkeit des Saarbeckens zu Frankreich die wirtschaftliche Hebung des Landes überhaupt nicht nennenswert war, daß dagegen von 1820 an — also fünf Jahre nach dem zweiten Pariser Frieden — die Kohlenförderung ins Riesenhafte gesteigert wurde, und zwar nur durch Preußen.

Folgende Tabelle möge zur Aufklärung dienen:

im Jahre	Tonnen
1820	101 337
1830	199 692
1840	382 453
1850	593 856
1860	1 955 961
1870	2 734 019
1880	5 211 389
1890	6 212 540
1892	6 258 890
1894	6 591 862
1896	7 704 671
1898	8 768 582
1899	9 025 072
1910	9 397 253
1912	12 470 392

Diese Zahlen reden doch wohl die deutliche Sprache, daß unter preussischer Herrschaft das Land zur höchsten wirtschaftlichen Blüte gelangte; von 1820—1850 stieg die Kohlenförderung um rund 480 000 Tonnen. Durch den Bau von Eisenbahnen wurde ein neuer Aufschwung des Bergbaus herbeigeführt. 1850 wurden die ersten Kohlen mit der Bahn befördert. Im Jahre 1860 haben wir bereits eine Förderung von 1 955 961, also innerhalb eines Dezenniums ein Plus von rund 1 300 000 Tonnen, also das Dreifache von 1820—1850.

Beamter in München. Bei Ausbruch des Krieges lag in Saarbrücken das Inf.-Regt. 70, Ulanen-Regt. 7, Dragoner-Regt. 7 und die Reitende Abteilung des Feldartillerie-Regts. 8.

Abonnent 999. Der Regierungsbezirk Trier hat einen Flächeninhalt von 718 329,6 Hektar. Zum Regierungsbezirk Trier gehörten vor Inkrafttreten des Diktats von Versailles 13 Kreise, darunter vom Saargebiet Saarbrücken, Merzig, Saarlouis, Ottweiler und St. Wendel. Der Regierungsbezirk zählte damals 15 Städte und 1108 Landgemeinden.

St. A. in S. Die betreffende Äußerung des rühmlichst bekannten Major Richert, der übrigens ein Neffe Clemenceaus ist, lautete: „Ich bin die Sonne, um die sich alles dreht, Generale gehen, ich aber bleibe.“ — Wie Sie sehen, muß der Mann recht gute Verbindungen haben, sonst säße er nach allem bisher Vorgefallenen nicht mehr im Saargebiet.